

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (frei Haus) 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,50 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-N. / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachpost: Dresden Nr. 18690, Dresdener Verlagsgesellschaft / Schließung: Dresden-N. Osterbahnstr. 2 / Fernstr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,38 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamazeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-N., Osterbahnstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 5. Dezember 1928 Nummer 283

Neue Zollerhöhungen beschlossen!

Der Reichstag lehnt alle Anträge gegen die Gefrierfleisch-Drosselung ab / Die SPD-Minister enthalten sich der Stimme / Das Ruhrproletariat antwortet auf den reformistischen Dolchstoß / Der Werftarbeiterkampf geht weiter

Die Gefrierfleischdrosselung bleibt bestehen!

Berlin, 5. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Im getrigen Reichstag wurden sämtliche Anträge auf Erhöhung des Gefrierfleischkontingents abgelehnt. In namentlicher Abstimmung wurde der kommunistische Antrag auf Erhöhung der Einfuhr von vollreifem Gefrierfleisch auf 150 000 Tonnen mit 186 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die 213 Stimmen der bürgerlichen Einheitsfront von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen abgelehnt. Die sozialdemokratischen Minister enthielten sich der Stimme, was für die wahre Haltung der Sozialdemokratischen Partei charakteristisch ist. Nach der sozialdemokratischen Antrag, das Kontingent auf 126 000 Tonnen zu erhöhen, verfiel der Ablehnung durch sämtliche bürgerliche Fraktionen. Die Demokraten und das Zentrum stimmten damit gegen den Antrag des Reichstages.

In der Dienstagssitzung des Reichstages wurde die Agrardebate fortgesetzt. Ein ganzer Band Anträge der Parteien liegt vor, nicht weniger als 183. Aber das Interesse an den Beratungen ist keineswegs gestiegen. Die Stimmung im Haus wird am besten gekennzeichnet durch einen Antrag des Wirtschaftsparteilers Drewnitz, der eine Vertagung vorschlägt, weil nur einige Abgeordnete der Debatte überhaupt folgen. Ein persönliches Mißgeheim des Herrn Drewnitz allerdings, daß dem Sprecher seiner Fraktion im ganzen nur zwei Angehörige der Wirtschaftspartei zuhörten.

Wie ernst den Vertretern der bürgerlichen Parteien ihre Anträge selbst sind, charakterisierte der Landwirtschaftsminister, indem er feststellte, daß mit den meisten der Anträge nichts anzufangen sei und daß die Parteien in den Ausschüssen wohl selbst nicht zu ihnen stehen würden. Das bezog der demokratische Minister sogar auf die vorliegenden demokratischen Anträge. Und so verlogen die meisten Anträge sind, so beachtlich waren auch die zahlreichen Reden derer, die im häuerlichen Gewande auftraten.

Im übrigen lag die Grundtendenz der heutigen Reden bereits gestern fest, nachdem die Vertreter der Junker und auch der Landwirtschaftsminister gesprochen hatten. Alle Bürgerlichen forderten Herabsetzung der Zölle, und auch der sozialdemokratische Schmidt, Köpenick, erklärte, daß seine Fraktion der Zollerhöhung für Junker zustimmen werde. In diese Erklärung knüpfte er allerdings die scheinheilige Bedingung, „nur wenn dadurch der Verkaufspreis nicht erhöht wird“. Ueber die Not der Landarbeiter sprach kein bürgerlicher Vertreter. Auch der Sozialdemokrat war in wenigen Sätzen mit diesem wichtigsten Kapitel der Debatte fertig. Doch weder ein Sozialdemokrat noch irgendein Bürgerlicher hielten es für nötig, mit einem Wort auf die Notwendigkeit der Erhöhung des Gefrierfleischkontingents einzugehen. Man weiß ja auch, daß die Bürgerlichen die Fleischration der Proleten noch mehr verringern

mögen. Aber daß auch die Sozialdemokraten nicht mit einem Wort auf die Bedeutung der Gefrierfleischdrosselung für die Weltläufigen eingegangen sind, kennzeichnet den Ernst ihres eigenen Antrages. Darum konnte der Landwirtschaftsminister auch ohne Widerspruch der Sozialdemokraten erklären, daß er gegen die Erhöhung der Gefrierfleischdrosselung ist und daß die Reichsregierung empfehle, den kommunistischen und sozialdemokratischen Antrag abzulehnen.

Erhöhung der Zölle für die wichtigsten Lebensmittel, Verhinderung der Gefrierfleischdrosselung — so heißt also die neue Schandtat der Koalitionsregierung. Besser konnte auch die Bürgerblockregierung nicht die Interessen der Junker vertreten.

Genosse Dietrich

schloß als Vertreter der kommunistischen Fraktion in kurzen, eindringlichen Worten die Schandtat dieser Regierung zusammen. Seine Worte dürften nicht ungehört bleiben bei allen Proletariern in Stadt und Land. Wir werden die Rede in der Donnerstagsnummer veröffentlichen.

Der Dolchstoß der Reformisten

Von Fritz Hedert

Wie die englischen Arbeiter den 15. April 1921 als Schwarzen Freitag in der Geschichte ihrer Arbeiterbewegung bezeichnen, den Tag, an dem die reformistischen Führer des Generalrats, unter Vorantritt von J. S. Thomas, die kreisenden Bergarbeiter den Kohlenkönigen ausliefern, „um dem König von England die Krone zu retten“, so werden die deutschen Arbeiter den 2. Dezember 1928 als einen Schwarzen Sonntag bezeichnen. An diesem Tage wurde im Interesse der Erhaltung der sozialdemokratischen Koalition in der deutschen Republik unter dem Druck des ADGB und auf Veranlassung von Hermann Müller, dem sozialdemokratischen Reichskanzler, in der Sitzung der Lohnkommission der ausgesperrten Hüttenarbeiter in Essen mit 25 gegen 14 Stimmen beschlossen, die Arbeiter zu den alten Klavenbedingungen in die Hütten zurückzuführen und das Schicksal der Hüttenarbeiter vertrauensvoll in

die Hände Sewerings zu legen. In die Hände jenes Sewering, der 1921 einen Pakt mit dem General Walter abschloß, das „Vielefelder Abkommen“, von dem nicht ein einziger Punkt zugunsten der Arbeiter durchgeführt wurde, dessen Wertungen aber waren der Tod für Hunderte von Arbeitern und für Tausende das Gefängnis.

Mit dieser Empörung haben die seit fünf Wochen ausgesperrten Hüttenarbeiter diesen Schandpakt der reformistischen Führer ausgenommen. Sie haben von ihnen schon nichts Gutes erwartet, aber daß sich die Bureaucratie zu einer solchen Niedertracht fähig fühlte, die Arbeiter bedingungslos an die Hüttenkapitalisten auszuliefern, das haben die Hüttenarbeiter nicht erwartet. Diese Schandtat an den deutschen Hüttenarbeitern läßt sich nur vergleichen mit jenem Streich, den der ADGB ebenfalls unter einer sozialdemokratischen Koalitionsregierung im Februar 1922 ausübte, um den Eisenbahnerstreik durch einen organisierten Streikbruch abzuwürgen. Die Folgen des damaligen Verrats der ADGB-Bonzen an den Interessen der deutschen Arbeiterklasse waren die schmerzlichen. Von diesem Verrate datiert der Beginn des Raubes des Reichs an den Arbeitern, die Offensive der Unternehmer zur Herabdrückung der Arbeitslöhne und zur Verminderung der Rechte der Arbeiter in den Betrieben. Die Folgen des Verrats vom 2. Dezember können noch schwerwiegender sein. Sie werden es sein, wenn die deutsche Arbeiterklasse nicht in gemeinsamer Front sofort zu diesem Verbrechen Stellung nimmt, den sozialdemokratischen Unternehmerratsen und den reformistischen Gewerkschaftsverbänden in den Arm fällt. Nur die Arbeiterklasse allein ist imstande, die schlimmsten Folgen des 2. Dezember von sich abzuhalten. Sewering wird bestimmt die Hüttenarbeiter zu den schlimmsten Bedingungen an die Hüttenkapitalisten ausliefern, und sein Betrug an den Hüttenarbeitern wird zu einem Betrug an den Arbeitern aller Industriezweige werden.

Der große Kampf der 213 000 Hüttenarbeiter soll auf eine ebenso heimtückische Weise beendet werden, wie er begonnen wurde. Die reformistische Bureaucratie hat die Hüttenarbeiter schon mehrere Male an die Industriellen ausgeliefert, und schon mehrere Male haben die koalitionsfähigen Instanzen, Schlichter, Arbeitsminister, Regierung und Reichstag, hilfreich bei diesem Wandel der Hand aus Wert gelegt. Als man den Hüttenarbeitern 1924 durch den sozialdemokratischen Schlichter Mehlisch den Zwölftundentag und solche Hungerlöhne aufzwang, daß die Arbeitergruppe, die die schwerste Arbeit leisten muß, zu den schlechtesten Arbeitsbedingungen zu arbeiten gezwungen war, erklärte die Regierung, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbureaucratie feierlich, daß die Hüttenarbeiter dieses Opfer für die deutsche Wirtschaft, das heißt diese Galeerenarbeit für den Profit der Schwerindustriellen nur auf kurze Zeit bringen sollten. Jetzt sind volle sieben Jahre vergangen, und immer noch opfern die Hüttenarbeiter ihr Leben und ihre Freiheit für dieselben unsäglichsten Arbeitsbedingungen.

Jahr für Jahr versprach man ihnen, der nächste Tarifabschluß solle die alten Bedingungen vor 1924 wieder herstellen. So war es auch vor dieser Bewegung. Unter dem Druck der Hüttenarbeiter kündigten die reformistischen Führer den Lohnvertrag, stellten sie die Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes um 15 Pf., kündigten sie an, daß sie auch für den Zwölftundentag und die dreigeteilte Schicht kämpfen würden. Kategorisch erklärten die Unternehmer, keinen Pfennig Lohnerhöhung und Beibehaltung der alten Arbeitszeit. Wiffell, der sozialdemokratische Arbeitsminister, erklärte einen Schiedspruch für verbindlich, der ein grauamer Lohn auf die Forderungen der Hüttenarbeiter war. Statt fünf Pfennig sollten die Hüttenarbeiter zwei Pfennig pro Stunde erhalten.

Im den Frieden in der Industrie zu erhalten, um ihre Koalition mit den Schichtbaronen und Bankhändlern nicht zu gefährden, erklärten sich die reformistischen

Die Antwort des Ruhrproletariats

Ein Aufruf der Kampfleitung

Essen, 5. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Die zentrale Kampfleitung erläßt einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

Kollegen! Genossen! Was die revolutionäre Opposition, was wir auch als eure gewählten Kampfleitungen zu Beginn und während des ganzen Verlaufes der Bewegung sagten, ist eingetroffen. Die reformistischen und christlichen Führer der Metallarbeiterverbände haben vor den Unternehmern und der Koalitionsregierung hundertprozentig kapituliert. Sie haben nicht nur die Forderungen der Metallarbeiter auf 15 Pf. Lohnerhöhung, Zwölftundentag und dreigeteilte Schicht bei vollem Lohnausgleich aufgegeben, sie haben auch auf die Durchführung des vollständig ungenügenden Schiedspruchs verzichtet und alles in die Hände des sozialdemokratischen Polizeiministers gelegt, dem die Unternehmer von vornherein das feste Vertrauen entgegenbrachten und dessen vorher mit ihm vereinbarten Spruch anzunehmen sie sich bereit erklärten. Die Führer des ADGB und des christlichen Metallarbeiterverbandes gingen diesen Weg, weil sie nicht in der Front der Arbeitermassen als deren ehrliche Führer stehen, sondern weil sie die Agenten der herrschenden kapitalistischen Klasse in den Reihen der Arbeiterklasse sind, denn sie suchen auf dem Boden des kapitalistischen Staates, sie unterstützen und fördern die Entwicklung der heutigen imperialistischen Wirtschaft. Sie sind die feste Stütze der Koalitionsregierung, die nichts anderes ist als die geistliche Führung der Finanz- und Trustbourgeoisie.

Es ist ihnen gelungen, trotz der heftigen Gegenwehr der hinter den Kampfleitungen stehenden Massen einen Teil der kämpfenden zu verwirren, die Kampffront der Metallarbeiter zu zerbrechen und sie den Metallindustriellen auszuliefern.

Sie haben damit die geschlossene Weiterführung des Kampfes um die Durchsetzung der ursprünglichen von dem Metallarbeiterverband aufgestellten Forderungen verhindert.

Denn diese Forderungen können nicht durchgesetzt werden durch den Kampf von nur einigen Belegschaften oder Teilen von Belegschaften, sondern nur als vollkommene Einheitsfront und Geschlossenheit der Metallarbeiterschaft.

Angeichts dieser Lage fordert auch die Kampfleitung auf, geschlossen in die Betriebe zurückzukehren. Wohl seid ihr ver-

raten, aber nicht geschlagen. Ohne Unterbrechung müßt ihr jetzt mit größter Energie und Geschlossenheit innerhalb der Betriebe im engsten Kontakt der Belegschaften untereinander den Kampf weiter führen um die Erhöhung der Löhne, um die Verwirklichung der Arbeitszeit.

Der Kampf wird nicht ohne Erfolg sein, wenn die Metallarbeiter, wenn die Gesamtheit der deutschen Arbeiterschaft aus den Erfahrungen des Ruhrkampfes die notwendigen Lehren zieht. Die wichtigsten Lehren sind:

Kein Vertrauen den sozialdemokratischen und christlichen Verrätern in Betrieb und Gewerkschaft! Kein Vertrauen gegenüber der sozialdemokratisch-kapitalistischen Koalitionsregierung! Kein Vertrauen zu den sozialdemokratischen und christlichen Ministern, Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten usw. Keine Illusion über den Wert des Schlichtungswesens! Hinein in die kommunistische Partei!

Ihr jungen Metallarbeiter, hinein in den kommunistischen Jugendverband!

Hinein in den Deutschen Metallarbeiterverband! Kämpft dort an der Spitze der revolutionären Opposition! Hinein in die Internationale Arbeiterhilfe! Organisiert die revolutionäre Arbeiterfront in den Betrieben und Gewerkschaften!

Bei den kommenden Neuwahlen der Gewerkschaftsfunktionäre keine Stimme einem der sozialdemokratischen Verräter!

Bei den kommenden Betriebsrätewahlen hinweg mit allen den Gestalten, die sich als Arbeiterfeinde und Vertraute des Ministers Sewering erweisen!

Nieder mit der verräterischen Verbandsbureaucratie!

Nieder mit dem arbeiterscheißerischen Schlichtungswesen!

Nieder mit der sozialdemokratisch-kapitalistischen Koalitionsregierung!

Nieder mit den Trustkapitalisten, den Kriegstreibern und den Trägern der Kriegszustellungen! Es lebe der Kampf um 15 Pf. Lohnerhöhung, den Zwölftundentag und dreigeteilte Schicht bei vollem Lohnausgleich!

Es lebe die einheitliche Front der kämpfenden Metallarbeiter unter revolutionärer Führung!

Wir sind nicht geschlagen — wir kommen mit verstärkter Kraft wieder!

Die zentrale Kampfleitung.

Das Aufrüstungsrezept von Julius Deutsch

„Wehrhaftigkeit ist nicht Militarismus“

Mehrere sozialdemokratische Zeitungen veröffentlichten dieser Tage einen polemischen Artikel des österreichischen Schmiedeführers Julius Deutsch gegen Heinrich Ströbel in Fragen der Wehrpolitik. Ströbel hat, nach dem Zeugnis von Julius Deutsch, das unverständliche Verbrechen begangen, die Begriffe Militarismus und Wehrhaftigkeit durcheinander zu werfen. Militarismus sei das Bestreben des Militärs, den Staat zu beherrschen, ihm zu dienen, das müsse man bekämpfen. Wehrhaftigkeit sei jedoch eine alte sozialdemokratische Forderung, die man nicht nur nicht ablehnen könne, sondern unterstützen müsse, um „Vollrechte gegen Kanonen“ einzuhandeln. Wie der Kampf gegen den Kapitalismus als Kampf um Reformen geführt werde, so müsse auch der Kampf der Sozialdemokratie gegen den Militarismus darum geführt werden, Stück für Stück seines Schemas zu zerstören.

„und so lange ein neues an seine Stelle zu setzen, bis die vollständige internationale Abrüstung möglich geworden ist“.

Nur nebenbei sei bemerkt, daß hier Julius Deutsch ganz auf den alten militaristischen Standpunkt stellt: Wer den Frieden will, bereite den Krieg vor. Denn Stück für Stück die alten militaristischen Wehrmittel und Wehrsysteme durch neue ersetzen, das heißt doch nichts anderes, als daß die sozialdemokratische Partei berufen sein soll, den militaristischen Apparat der bürgerlich-imperialistischen Staaten in dieser oder jener Form aufzurichten und zu stärken. Und damit will man die Abrüstung herbeiführen.

Aber die ganze feine Unterscheidung zwischen Militarismus und Wehrhaftigkeit ist im bürgerlich-imperialistischen Staate nicht mehr als ein Betrug. Militarismus ist, solange die Produktionsverhältnisse kapitalistisch sind und der Staat von Vertretern oder Agenten des Trustkapitals beherrscht wird, jede

Verharmung und Handlung militärischer Aufrüstung, sei sie legal oder illegal, öffentlich oder geheim. Es gibt im bürgerlich-imperialistischen Staate keine „Wehrhaftigkeit“, die nicht militaristisch wäre. Wer es trotzdem für möglich hält, diese Unterscheidung zu machen, beweist damit nur, daß er die Arbeiterklasse für militarische Zwecke einlangen will.

Das tut denn auch der Autokrat Julius Deutsch, der heute der Entzweierte des sozialdemokratischen Parteivorstandes in Fragen der Wehrpolitik ist. Er tut es zu dem offenen ausgesprochenen Zweck, an die Stelle des jetzigen Militarismus ein neues Wehrsystem, d. h. einen anderen Militarismus, zu setzen.

Eine „Opposition“ gegen diese Auffassung freilich, wie die Ströbel's, der es ablehnt, den Kampf für die Auflösung der Reichswehr, für die Entwaffnung der Bourgeoisie und für eine proletarische Miliz zu führen, bleibt auf dem Boden der militaristischen Aufrüstungspolitik stehen, wie sie von den Julius Deutsch und dem sozialdemokratischen Parteivorstand gepredigt wird. Diese Opposition ist nichts mehr als eine **Mastierung** des „demokratischen“, imperialistischen Militarismus der Sozialdemokratischen Partei.

Eugenberg taucht Provinzpresse auf!

Berlin. Der Jungdeutsche weiß zu melden, daß Eugenberg in diesen Tagen eine Reihe neuer Zeitungen angefangen hat. Er hat in der Uckermark an sich gebracht die Provinzialer Zeitung (Auflage 10000) und die dazu gehörigen Kopplätter, die Tempeliner Tageszeitung und die Uckermarker Tageszeitung mit 1500 und 500 Auflage. Außerdem hat Eugenberg vom Jahre 1932 ab die Angermünder Zeitung mit einer Auflage von 6000 gepachtet. Die Anteile der Angermünder Zeitung GmbH befanden sich bisher im Besitze von Rittergutsbesitzern.

Neue Aufgaben

Die Kampfleitungen als Werbekomitees für die freien Gewerkschaften

Dortmund, 5. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

In Dortmund traten gestern die 28 Mitglieder der Betriebskampfleitungen zusammen. Es ergab sich, daß alle bisherigen parteilosen und unorganisierten Mitglieder der Leitungen inzwischen in die SPD und den DGB eingetreten sind. Die Kampfleitungen beschloßen, sich nicht aufzulösen, sondern als Werbekomitee für die Organisation von Unorganisierten in den freien Gewerkschaften und zur Stärkung der revolutionären Opposition weiter zu bestehen.

Die Kampfleitungen bleiben in Aktion

Essen, 5. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Am Dienstagabend tagte die zentrale Kampfleitung in Essen. Sie nahm nach ausführlicher Berichterstattung und längerer Aussprache folgenden Beschluß an:

„Die Kampfleitungen bleiben, solange die Arbeit nicht restlos in allen Betrieben aufgenommen ist, weiter in Funktion. Die ausbleibenden Mitglieder müssen laufend durch neue Proleten ersetzt werden.“

Die Streiklokale der Kampfleitungen bleiben weiter geöffnet. Wir fordern alle Kollegen, die keine Aufforderung zur

Müller und demerrat der DGB-Führer. Und nur insofern ist es eine Niederlage, daß jetzt die Arbeiter den Kampf abbrechen müssen und zu den schlechten Bedingungen in die Betriebe zurückkehren.

Aber dieser Kampf ist ein neuer Ausgangspunkt zum Kampf der breiten Arbeitermassen in Deutschland gegen die Koalition, gegen das Schlichtungsbedürfnis und gegen die reformistische Praxis.

Durch einen Massenaustritt in die Gewerkschaften müssen die Arbeiter die Basis der revolutionären Gewerkschaftsopposition vergrößern, müssen sie die Vorbereidung schaffen für das Verdrängen der reformistischen Bürokratie aus der Arbeiterbewegung, und durch ein festes Zusammenstehen im Betrieb wie durch die Wahl revolutionärer Betriebsräte muß die Einheitsfront von unten geschaffen werden, muß die Basis für einen Durchbruchkampf gegen Bourgeoisie und reformistisches Katastrophentum geschaffen werden.

Arbeitsaufnahme erhalten haben, auf sich in den Streiklokale zu melden.

Die vorhandenen Räumlichkeiten bleiben bis auf weiteres, soweit erforderlich, ebenfalls in Tätigkeit.“

Zehn Wochen Kampf der Werftarbeiter

Neues Schiedsverfahren abgelehnt

Hamburg, 4. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)

In der 10. Woche, seit dem 1. Oktober, befinden sich nunmehr 45 000 Werftarbeiter im Streik. Der Schlichter der Nordmark, Dr. Stejneger, hatte für Montag zu neuen Vermittlungsverhandlungen geladen, die jedoch nach zehnwöchiger Dauer ergebnislos abgebrochen wurden. Er schlug schließlich vor, den Konflikt einem besonderen Schiedsgericht zu unterbreiten, das den Parteien einen unverbindlichen Vorschlag machen sollte. Dieser Vorschlag, der sich an die Sonderaktion Severings im Hüttenarbeiterkampf anlehnt, wurde von den Unternehmervereitern angenommen, von den Gewerkschaften abgelehnt.

Erwerbslose, wehrt euch!

Gegen die Sonderfürsorge des sozialdemokratischen Arbeitsministers!

Die „Sonderfürsorge“ für Saison-Arbeitslose wird zur Zeit im Reichstagsausschuß behandelt und soll in Kürze durchgepeitscht werden.

Die SPD-Führer, die dem Gesetznutzen zustimmen werden, wissen ganz genau, daß die „Sonderfürsorge“ eine ungeheure Verschlechterung für die Arbeitslosen bedeutet. Das geht aus einer Stimme der sozialdemokratischen Leipziger Volkszeitung hervor, die am 1. Dezember schreibt:

„Zwischenläufer der Arbeitsminister um einen Gesetzentwurf, der selbst im Lager der sozialdemokratischen Fraktion hart umstritten wird. Er betrifft die Unterfütterung für die Saison-Erwerbslosen, für die eine besondere Einrichtung getroffen werden soll. Dabei soll das Bedürftigkeitsprinzip von neuem eingeschleppt werden. Jedenfalls wird auch dieses Gesetz, das am 2. Dezember bereits in Kraft treten soll, noch schwere Kämpfe im Gefolge haben.“

Diese sozialdemokratische Stimme dient zur Befräftigung dessen, was die Kommunisten den Erwerbslosen gelagt haben. Wenn die ungeheure Verschlechterung abgewehrt werden soll, so müssen jetzt überall die Erwerbslosen in Massen protestieren. Durch außerparlamentarischen Druck muß der Schandentwurf Willems zu Fall gebracht werden.

Die Geheimrüstungen des deutschen Anilintrusts

Spionageprojekt in Ludwigshafen

Ludwigshafen. Vor dem Erweiterten Schöffengericht Ludwigshafen begann die Verhandlung gegen 4 Arbeiter des Oppauer Werkes der IG-Farbenindustrie, die beschuldigt sind, Fabrikationsgeheimnisse an den Inspektor der französischen Sureté, Stössel, und an einen gewissen Nordese, Vertrauensmann einer französischen Industrie-Spionage-Organisation, gegen Entgelt ausgeliefert zu haben. Die Anklage stützt sich auch auf das Gesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse, womit indirekt zugegeben wird, daß die IG-Farbenindustrie der militärischen Aufrüstungspolitik des neudeutschen Imperialismus dienlich ist. Aus der Vernehmung der Angeklagten ist ihre übereinstimmende Befundung hervorzuheben, daß die Funktionäre des französischen Spionagedienstes über die intimen Vorgänge in der IG-Farben durchaus unterrichtet waren. Die Angeklagten Schwarzwälder und Hellmann erklärten und hielten dem Beweis dafür an, daß deutsche Polizeibeamte in Ludwigshafen für die Sureté Spionagedienste geleistet haben. Das Ludwigshafener Gericht will darüber in nichtöffentlicher Sitzung verhandeln. Ueber die Tatsache, daß die IG-Farbenindustrie über eine Reihe militärisch wichtiger Patente und Verfahren mit dem französischen und anderen Chemietrusts in engen geschäftlichen Beziehungen steht, wird in dem Ludwigshafener Prozeß nicht verhandelt. Was die Künige der Chemie treiben, ist für die deutsche Klassenjustiz niemals Landesverrat.

Phosgen-Projekt in Hamburg

In Hamburg begann der große Zillprojek, den die Rotgenossenschaft der Phosgen-Beschädigten gegen den Hamburger Senat angestrengt hat. Der Hamburger Senat weigert sich die Verantwortung der zuständigen Aufsichtsbehörden für die Giftgaslagerung auf der Veddel, die zu einer großen Katastrophe am 20. Mai d. J. führte, zu übernehmen. In dem Prozeß sind eine große Anzahl von Sachverständigen und ein Kleinaufgebot

Witterungsaussichten für den 5. und 6. Dezember. Vorübergehend in allen Lagen allmählich Temperaturanstieg (im Flachland Temperaturen über plus 5 Grad), zeitweise Niederlage in mittleren und unteren Gebirgslagen, vorwiegend als Regen. Im übrigen bedeckt bis hart wolkig. Südwestliche Winde in Stärke zunehmend.

Führer mit der Annahme dieses Schiedspruches bereit, obwohl die Arbeiter einstimmig den Schiedspruch ablehnten und die Aufnahme des Kampfes um ihre Forderungen verlangten. Nichts ist die reformistische Führung, um die Arbeiter in einer einheitlichen Kampffront zusammenzuschließen, während die Unternehmer brutal erklärten, daß sie auf den Schiedspruch stehen und die Betriebe am 1. November schließen würden.

Die Unternehmer haben ihre Drohungen wahrgemacht. Prompt Hagen am 1. November 213 000 Hüttenarbeiter auf die Straße. Die reformistische Führung aber erklärten den Arbeitern: „Haltet Ruhe und Ordnung, geht nicht auf die Straße, bleibt zu Haus, schließt euch aus, wir werden schon alles für euch tun.“ Dann begann ihr jämmerliches Geschwätz von dem Angriff der Unternehmer gegen die Staatsautorität und das Recht.“ Durch diesen Schwindel verhielten sie weiter die Arbeiter zu vermitteln, ihre Kampffront zu zerlegen, um Zeit zu gewinnen für ein neues Taktikmittel mit den Unternehmern.

Unter der Führung des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Bergemann

wurde eine ganze Woche hinter geschlossenen Türen geführte. Die Basis dieses Kuhhandels war nicht einmal der Schiedspruch des berühmten Zentrumsmannes Köppen, verbindlich erklärt worden, des Arbeitsministers Willems, sondern die Forderung der Unternehmer, die Arbeitszeit bis 1930 beizubehalten, die Alfordlöhne neu zu regeln (d. h. keine Zulage von 2 Pf. an die Alfordarbeiter), und den Lohnaufschlag für die Standenarbeiter entsprechend zu differenzieren. Der famose Bergemann des Metallarbeiterverbandes, Reichelt, und zwei ähnliche Kampagnen hatten auch schon mit den Unternehmern am Sonntag, dem 17. November, den Verkauf der Hüttenklappen geregelt. Er konnte aber nicht durchgeführt werden, weil der Druck der Arbeitermassen ein solcher war, daß die unieren Gewerkschaftsführer nicht wagten, das Schanddokument zu unterschreiben. Bis zur Stunde haben diese „Hüttenführer“ das Geheimprotokoll für die Verhandlungen des Unternehmertums noch nicht veröffentlicht.

Am Donnerstag, dem 22. November, sollten die Betriebe wiederum geöffnet werden, bis zu diesem Tage glaubte man, die Arbeiter müßte zu haben, um sie in die Manufaktur zurücktreiben zu können. Wiederum konnte der Plan nicht durchgeführt werden, weil der Druck der Arbeitermassen zu stark war. Unter dem Druck der Masse mußte auch der willyährige Reichstag und die ganz dem Unternehmertum verschworene Koalitionsregierung Zugeständnisse machen, und eine Unterfütterung an die ausgepeiterten Arbeiter zahlen.

Das war ganz gegen die Rechnung der Hüttenindustriellen, und auch ganz gegen die Rechnung der reformistischen Bürokraten, die auf die schleunigste Verständigung mit den Unternehmern zur Rettung der Konjunktur und der Wirtschaft zu streben. Das war Unternehmertum, Regierung und reformistische Bürokratie anstrebten, um die Arbeiterklasse zur Annahme schändlicher Kapitulationsbedingungen zu zwingen, trat nicht ein.

Die Front der Arbeiter blieb geschlossen.

Da drohte das Bank- und Industriekapital mit einer Reglerungsstrafe, mit einer Sprengung der Koalition, mit dem Herauswurf der sozialdemokratischen Minister aus den Ministerien. Und sofort waren Hermann Müller, Hillerding, Willems und Severing bereit, für die Fortsetzung der Koalition den von den Unternehmern verlangten Preis zu zahlen. Hermann Müller gab Severing den Auftrag, den Hüttenarbeiterkonflikt zu beenden und einen inangeführigen Abschluß zu erzwingen. Severing nahm das Amt an. Der Schiedspruch Willems wurde aufgegeben. Von „Staatsautorität und Recht“ war keine Rede mehr. Severing soll eine Verständigung zwischen den Hüttenindustriellen und den Gewerkschaftsführern herbeiführen, die alle Wehrungen aus dem Hüttenkonflikt für Staat und Unternehmertum beseitigen. Und die Grundlagen dieser Verständigung sind die Durchführung des Unternehmerdiktats: Verlängerung der gegenwärtigen Arbeitszeit bis 1930, Möglichkeit für den Abbau der Alfordlöhne und Einführung anderer, die Arbeiterklasse bedrückender Maßnahmen.

Viele Lehren gibt es für das Proletariat, aus diesem Kampfe zu ziehen.

Die allererste Lehre aber ist es, daß die Arbeiter verloren sind, wenn sie die Führung ihrer Kämpfe in den Händen der reformistischen Bürokraten lassen. In dem Kampf an Rhein und Ruhr haben die revolutionären Gewerkschafter zum ersten Male auf breiter Basis den Versuch unternommen, die Arbeiter gegen den Willen der reformistischen Bürokratie einheitlich zusammenzuschließen. Hier haben zum ersten Male die Belegschaften sich aus ihrer Mitte Leitungen gewählt zur Durchführung ihres Kampfes. Und es ist auch gelungen, durch diese unermüdete Tätigkeit der Opposition die Kampffront der Arbeiter zu sichern, Erfolge zu erzielen, Unterstützung zu erzwingen und zweimal den reformistischen Verrat abzuschlagen. Diese Erfolge werden auch bestehen bleiben, wenn die Arbeiter jetzt auf des reformistischen Verrates eine neue Niederlage einleiden müssen.

Nicht das Hüttenkapital mit seinem 90-Millionen-Kampffonds hat die Arbeiter befreit,

die Arbeiter sind unterlegen dem Treiben von Kapital, Unternehmertum und reformistischer Bürokratie. Sie sind unterlegen dem heimtückischen Plan des Sozialdemokraten Hermann

Die Auströmmargen im Bunde mit Landbund und Großdeutschen!

Zustimmung zur Wahl Hainisch' beschlossen!

Wie die bürgerliche Presse triumphierend meldet, haben die österreichischen Sozialdemokraten beschlossen, bei der morgigen stattfindenden Wahl des Bundespräsidenten für die Wiederwahl des bisherigen Präsidenten Hainisch auf eine Amtsdauer von 4 Jahren einzutreten. Die Sozialdemokraten führen damit dem Vertrauensmann des reaktionären Landbundes und der Interregionalen Großdeutschen die Wiederwahl. Obgleich prinzipiell kein Unterschied zwischen Hainisch und den Christlich-Sozialen besteht, haben diese daraufhin, um sich nicht durch eine Einheitsfront mit den Sozialdemokraten zu kompromittieren, die Aufrechterhaltung der Kandidatur ihres Abgeordneten Wlassa beschlossen. Wahrscheinlich wird Hainisch gewählt werden.



Hermann Müller, der christlichsozialer Konkurrent des Landbundespräsidenten Wlassa, für letzteren haben die Auströmmargen morgen zu stimmen beschlossen.

Passive Resistenz der Postbeamten

Wien. Die Beamten der Post, Telegraphen- und Telefonbetriebe Österreichs sind zur Durchführung ihrer Gehaltsforderungen am Sonntagabend in die passive Resistenz eingetreten. Auf einem Bankett Tiroler Inzultreier hielt der Bundeskanzler Prälat Seipel eine provokatorische Rede gegen die Beamten, in der er den Einfluß der Technischen Hochschule androhte. Seipel forderte in diesem Zusammenhang auch eine Verstärkung der Machtbefugnisse des Bundespräsidenten. Bezeichnenderweise wohnte dem Bankett auch der Heimwehrführer Dr. Steidle bei. Die Erklärungen Seipels haben bei den Beamten große Erregung hervorgerufen und den Willen zur Durchführung des Kampfes befestigt.

Neue faschistische Formationen gegen Rotfront!

München. Im Münchener Arbeiter-Peak fand eine Konferenz der Reife der Einwohnerwehren statt. Es wurde beschlossen, die früheren Einwohnerwehren unter dem Namen „Bund Bayerischer Heimatschutz“ erneut organisatorisch zusammenzufassen. Zum Vorsitzenden wurde Forstrat Eberich bestimmt. Eberich erklärte; es gelte heute, wo Bayern im härtesten Kampfe um seine Selbständigkeit stehe, eine Wiederbelebung der bayerischen Einwohnerwehren zu erreichen. Der Worte seien nun genug gewechselt. Ein Amtsrichter Dr. Esel führte aus, daß wir im Kampfe um die Erhaltung der Selbständigkeit Bayerns unsere gesamten Kräfte zur Verfügung stellen, was wir nicht mit papierenen Protesten, sondern auch mit dem Einsatz unserer Person kämpfen werden. Ein Forstmeister Jäger ging auf den eigentlichen Zweck der neuen faschistischen Gründung ein und forderte auf, die Rotfront-Bewegung im Bürgerkrieg niederzuschlagen.

Bauernaufstand in Bessarabien

Nach Meldungen aus Moskau ist in Bessarabien ein großer Bauernaufstand ausgebrochen. Bessarabische Bauern haben in mehreren Distrikten die Genbarmerie entwaffnet und die rote Fahne gehißt. Die Aufständischen haben den Versuch unternommen, trotz der Abriegelung der Grenzen durch rumänische Militär eine direkte Verbindung mit der Komintern aufzunehmen.

Sächsischer Gemeindegtag

Die Finanzlage der sächsischen Gemeinden - Die Kommunisten von der sozialdemokratisch-bürgerlichen Einheitsfront aus dem Vorstand des Gemeindegtages ausgeschlossen

Zu Beginn der gestrigen Sitzung des Sächsischen Gemeindegtages sprach zur Geschäftsordnung zunächst Genosse Franz Vimbach, und protestierte gegen die Verschleppung der politischen Aussprache zu den Referaten über die Finanzlage der Gemeinden. Die bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit beschloß jedoch, die Tagesordnung nach dem vom Vorstand vorgelegten Plan abzuwickeln. Darauf erwidert der

Schund- und Schmutzminister Dr. Küll

das Wort zu seinem Vortrag über die Finanzlage der Gemeinden. Küll, dessen Ausführungen oft von den ironischen Zwischenrufen der Kommunisten begleitet wurden, mußte die ungeheure Finanznot der sächsischen Gemeinden zugeben und feststellen, daß eine große Anzahl, vor allem Arbeiterwohnortsgemeinden, am Rande des finanziellen Bankrotts stehen. Als Mittel zur Behebung der Finanznot empfahl er den Gemeinden, in der Linie der bürgerlich-reaktionären Mehrheit bei allen Bewilligungen zu halten, die Gemeinde Sparmaßnahmen bis zur äußersten Grenze und forderte das Zuschlagerecht zur Einkommen- und Körperschaftsteuer und den Realsteuern durch die einzelnen Gemeinden.

Als zweiter Redner zu dem gleichen Thema sprach dann der sozialdemokratische

Oberbürgermeister Klumpel, Freital

der eine äußerst schwache Kritik an der Finanzpolitik des Reiches und der Länder übte. Klumpel wandte sich zunächst an die industriellen und kapitalistischen Wirtschaftsorgane, denen er nahelegte, doch anzuerkennen, daß ein wesentlicher Teil der Gemeindegeldausgaben, insbesondere für die Schule, im Interesse der Heranbildung von Qualitätsarbeitern liegt. Die deutsche Wirtschaft könne auch auf die gemeindliche Energieversorgung nicht verzichten. Es müsse das ernsthafteste Bestreben der Gemeinden sein, die Gemeindebetriebe auf kaufmännischer Grundlage zu dem Wirtschaften. Klumpel machte sich hier die Forderung der bürgerlichen Parteien zu eigen, die in bezug auf die Gemeindebetriebe die gleiche Forderung nach kapitalistischer Rentabilität erheben. Die Schuld an der schlechten Finanzlage der Gemeinden trage das Reich und zum anderen der sächsische Staat. Klumpel forderte, daß das Reich seine Steuerquellen ausdehnen müsse und insbesondere den Gemeinden die Möglichkeit der Ausdehnung der Getrübtensteuer geben müsse. Selbstverständlich konnte er sich auch bei dieser Gelegenheit nicht verhehlen, einen Angriff auf die Sowjetunion zu unternehmen, der er zum Vorwurf machte, daß sie 50 Prozent des gesamten Staatsbedarfs aus dem Braunkohlenmonopol schöpfe. Die Körperschaftsteuer müsse erhöht werden. Des weiteren legte er sich für eine wesentliche Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer ein, wie überhaupt seine Gesamtausführungen von dem Gedanken geleitet waren, der herrschenden Klasse Mittel und Wege zu zeigen, direkte und indirekte Steuern zu erheben und dadurch größere Mittel zur Beilegung der Finanznot der Gemeinden bereitzustellen. Klumpel vermied es anfänglich, auf den Klassencharakter der Finanzpolitik der Regierungen, insbesondere auf die ungeheure Steigerung der Ausgaben für den Staatsapparat der Bourgeoisie einzugehen und empfahl zum Schluß, daß aus volkswirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Interesse das gemeindliche Selbstverwaltungsrecht auch finanziell gesichert werden müsse.

Wahl des Vorstandes

Genosse Schaeffer, Leipzig, verlangte, wie bereits auf der Tagung in Jittau, daß den Kommunisten entsprechend ihrer Stärke eine Vertretung im Vorstand eingeräumt werden müsse und verlangte deshalb entsprechend dem Ergebnis der letzten Reichstagswahl 6 Sitze im Vorstand für die kommunistische Fraktion. Es blieb dem Sozialdemokraten Küll, Dresden, vorbehalten, unter der streubigen Zustimmung der bürgerlichen Parteien, die Ablehnung der kommunistischen Forderung zu begründen. Hier zeigte sich, wie recht Genosse Schaeffer hatte, als er erklärte, daß eine klare und innige Übereinstimmung von den „linken“ Sozialdemokraten bis zu den nationalistischen Vertretern in der Frage der Ausschaltung der Kommunisten aus dem Vorstand des Gemeindegtages bestehe. Die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion war für den Genossen Reubert, Hartau, Veranlassung, die politische Bedeutung der Vorstandswahl aufzuzeigen. In ausführlichen Darlegungen nahm er zu der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion Stellung und brandmarkte unter lebhafter Zustimmung der kommunistischen Fraktion die politische Bettgemeinschaft der mit dem Bürgerturn verflochten und innig verbundenen Sozialdemokratie, die mit dieser Abstimmung bewiesen habe, daß sie nicht daran denke, die parlamentarischen Positionen der Arbeiterklasse gegen das Bürgerturn auszunutzen.

Im Namen des Vorstandes gab der Oberbürgermeister Küll, Reichenbach, nachfolgende bürgerliche und sozialdemokratische Vorschläge zur Besetzung des Vorstandes des Gemeindegtages bekannt.

Bürgerliche Abgeordnete

1. Kurie: Oberbürgermeister Dr. Küll (Reichenbach), Oberbürgermeister Dr. Schömann (Chemnitz). Für die Zuwahl: Oberbürgermeister Holz (Sachsen).
2. Kurie: Oberbürgermeister Franke (Mittweiden), Oberbürgermeister Dr. Küll (Reichenbach), Oberbürgermeister Dr. Bangs (Korna). Für die Zuwahl: Oberbürgermeister Dr. Blüth (Chemnitz).
3. Kurie: Bürgermeister Seidel (Sachsen), Bürgermeister Stabe (Sachsen), Bürgermeister Köhler (Sachsen), Bürgermeister Köhler (Sachsen). Für die Zuwahl: Bürgermeister Köhler (Sachsen).

Sozialdemokraten

1. Kurie: Stadtrat Dr. Küll (Dresden), Stadtrat Dr. Franke (Sachsen), Stadtrat Dr. Küll (Sachsen). Für die Zuwahl: Stadtrat Dr. Küll (Sachsen).
2. Kurie: Oberbürgermeister Küll (Reichenbach), Oberbürgermeister Klumpel (Freital), Bürgermeister Dr. Köhler (Sachsen). Für die Zuwahl: Stadtrat Dr. Küll (Sachsen).
3. Kurie: Bürgermeister Köhler (Sachsen), Bürgermeister Köhler (Sachsen). Für die Zuwahl: Bürgermeister Köhler (Sachsen).

Der kommunistische Vorschlag

- zu den einzelnen Gruppen lautete:
1. Kurie: Stadtrat Dr. Küll, Leipzig; Stadtrat Dr. Köhler, Dresden.
 2. Kurie: Stadtrat Dr. Köhler, Hartau; Stadtrat Dr. Köhler, Pirna.
 3. Kurie: Gemeindeglieder Köhler, Thessa; Gemeindeglieder Köhler, Hartau.

In geschlossener Front stimmten Sozialdemokraten und Bürgerliche gegen die kommunistischen Vorschläge. Mit derselben Mehrheit wurde darauf der bürgerlich-sozialdemokratische Vorstand zur Besetzung des Vorstandes angenommen.

Bei der Aenderung der Satzungen des Sächsischen Gemeindegtages begründete zunächst Stadtrat Dr. Köhler eine große Anzahl Anträge seiner Partei zu den Satzungen.

Genosse Reubert, Hartau, nahm zu den von der kommunistischen Fraktion gestellten Anträgen zur Aenderung der Satzungen des Gemeindegtages in ausführlicher Rede Gelegenheit, des erbärmlichen Verhaltens der sozialdemokratischen Fraktion, ihrer Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen noch einmal aufzuzeigen. Genosse Reubert nahm im einzelnen zu den Ab-

änderungsanträgen der kommunistischen Fraktion Stellung und forderte insbesondere, daß der Vorstand des Gemeindegtages sich entsprechend dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen bei der letzten öffentlichen Wahl zusammensetzen müsse. Die Tagung selbst spiegelte nicht das tatsächliche Kräfteverhältnis der Kommunisten wider. Das habe der Mandatsraub durch die reaktionären Bürgermeister offen gezeigt.

Bürgermeister Seidel, Reichenbach, stellte fest, daß der Satzungsentscheid des Vorstandes in gemeinsamer Arbeit mit der sozialdemokratischen Fraktion getroffen worden sei. Dann verließ dieser reaktionäre Bürgermeister dem Mandatsraubpunkt der bürgerlichen Mehrheit brutalen Ausdruck und erklärte, daß die bürgerliche Seite niemals der Verhältniswahl zustimme, weil das die Zerstückelung und Politisierung des Gemeindegtages bedeuten würde. In dieselbe Kerbe hieb auch der Oberbürgermeister Dr. Hartenstein, Freiberg, und der demokratische Stadtrat Dr. Köhler, Leipzig, Dresden, verwarf die Beschlüsse, daß der Satzungsentscheid eine Kompromißarbeit der SPD mit den Bürgerlichen sei. Seine Fraktion sei überstimmt worden.

Die Abstimmung

ergab, daß alle kommunistischen Anträge zur Satzungsänderung durch die bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit abgelehnt wurden. Die meisten Anträge erhielten nicht die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit. Bei der Gesamtabstimmung wurden die bis dahin angenommenen Forderungen mit den Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Die alte Satzung bleibt demnach bestehen. Darauf erfolgte die Aussprache über die Referate. Bei dieser Gelegenheit nahm

Genosse Franz Vimbach

Gelegenheit, in ausführlicher Weise zu diesem Tagesordnungspunkt Stellung zu nehmen. Er wies darauf hin, daß Finanzgleichheit und Steuervereinfachung den bürgerlich-kapitalistischen Staat von den tatsächlichen Nothabenden, dem Großkapital der Schwerindustrie und den Großgrundbesitzern distanzieren würde. Dabei ist das nackte Klasseninteresse dieser Schichten auch bei diesen Fragen entscheidend. Der Finanzausgleich sowie auch der Steuervereinfachungsentscheid wird von dem Gedanken getragen, weitestgehende Steuerbefreiung für den Besitz und Abwälzung aller Steuerlasten auf die Wertlosen. Zum anderen aber wird versucht, alle verfügbaren Mittel zur Festigung und zum Ausbau des Staatsapparates und des Staatsapparates zu verwenden und zugleich den rücksichtslosen Abbau aller sozialen und kulturellen Aufgaben vorzunehmen. So wies Genosse Vimbach u. a. nach, daß das Steueraufkommen des Reiches sich zugunsten der Reichen und zu Ungunsten der Bescheiden geändert hat. Die Besteuerung der Reichen betrug bei-

spielsweise im Jahre 1913 52,2 Prozent, im Jahre 1928 nur noch 31,8 Prozent, demgegenüber wurden die Weichhölzer von 47,8 Prozent im Jahre 1913 auf 68,2 Prozent im Jahre 1928 belastet. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet ergibt sich nach den Ergebnissen der Reichsfinanzstatistik eine Steigerung von 125,50 Mark vor dem Kriege auf 232 Mark im Jahre 1928.

Die Kosten des Staatsapparates

der Bourgeoisie haben sich gesteigert von 457,7 Millionen im Jahre 1924 auf 705,6 Millionen Mark allein nur für Heer und Marine im Jahre 1928. Hinzu kommen noch die Ausgaben für die Polizei, außerdem die Aufwendungen der Länder und Gemeinden für polizeiliche Zwecke, so daß

der gesamte Unterdrückungsapparat gegenwärtig rund 1 700 000 000 Mark erfordert.

Hinzu kommen noch die Aufwendungen für die Justiz, die Zensur, die Kirche und der Etat des auswärtigen Amtes, der von 20 Millionen vor dem Kriege auf mehr als 60 Millionen nach dem Kriege gestiegen ist. In diesem Zusammenhang müßte auch auf die 716 Millionen hingewiesen werden, die im Jahre 1924 an die Industrie und Gewerbe gingen und auf die Milliardenbeträge, die als Kredite an die Landwirtschaft und Subventionen an Industrieunternehmen zur Verfügung gestellt wurden.

Die kommunistische Fraktion fordert die Streichungen aller Aufwendungen für den Staatsapparat der Bourgeoisie, Aufhebung der Subventionspolitik, Rückzahlung der Milliardensummen an das Finanzkapital, Industrie- und Großgrundbesitz, Aufhebung der Stundungsordnung der sächsischen Regierung vom 30. März 1926, Kampf für die Einstellung der Damensoldaten, Hebung aller Lasten für Wohlfahrt und Fürsorge auf das Reich, Hebung der Wege- und Schullasten auf die Länder.

Die kommunistische Fraktion verlangt zentrales Steuersystem, sie wendet sich gegen Zuschläge für Länder und Gemeinden, gegen die Wiederherstellung der Steuerhoheit der Länder und fordert die Erhöhung der Gemeindeanteile an den Reichssteuern. Die Kommunisten rufen die wertfällige Bevölkerung auf, den Kampf gegen die Massenbelastung durch Steuern zu führen mit dem Ziel, die Steuerlasten der Ausbeuterklasse aufzubürden. Das aber ist nur im Wege des außerparlamentarischen Kampfes möglich und kann nur geschehen mit der Beilegung der bürgerlichen Gesellschaft durch die Räuberherrschaft. (Lebhaftes Bravo! b. d. Komm.)

Die Panzerkreuzerpolitik unseres Wahlkreises

Aus dem nunmehr vorliegenden stenographischen Protokoll der Reichstagsitzung vom Freitag dem 16. November 1928 geht aus dem Verzeichnis der nennentlichen Abstimmung über den Antrag gegen den Panzerkreuzerbau genau die Stellung der einzelnen Abgeordneten hervor.

Es ist bekannt, daß nicht nur die Deutschnationalen, die Panische Volkspartei und die Deutsche Volkspartei für den Bau der Panzerkreuzerpolitik stimmten, sondern auch die Zentrumspartei, die Wirtschaftspartei und die Demokraten.

Für unsere Partei ist die Stellungnahme der Abgeordneten unseres Wahlkreises von großem Interesse. Für den Panzerkreuzerbau und damit für die neudeutsche Aufrüstung und die neue Kriegspolitik stimmten die Abgeordneten

Dr. Bang (Dn.); Domisch (Dn.); Hartmann (Dn.); Dr. Schneider, Dresden (DDP); Frau Dr. Hertwig-Bünger (DDP).

Eingreifen des Dames-Reichsbahnagenten

Kürzlich erst hat die Reichsbahnverwaltung durch Aufhebung der 4. Klasse für die Reisenden der wertfälligen Massen eine erhebliche Tarifserhöhung durchgeführt, bei Abbau der Fahrpreise 2. und 1. Klasse. Als Trost wurde den bisherigen Passagieren der 4. Klasse versprochen, daß sie für das erhöhte Fahrgeld besser fahren könnten. Man wollte die Wagen der 4. Klasse aus dem Verkehr ziehen und sie zu 3. Klasse-Wagen umbauen.

Es war so schön gewesen... Herr Walter Gilbert, der Reparationsagent, griff ein: Der Umbau dieser Wagen ist seiner Ansicht nach eine unnötige Belastung. Es genügen für die fahrenden Proleten die alten abgetakelten Wagen 4. Klasse. Aber... diese unnötige Belastung tritt nicht ein, wenn es sich um Wagen 2. Klasse handelt. Die Reichsbahn hat sich entschlossen, an Stelle von ursprünglich vorgesehene Wagen 3. Klasse solche der 2. Klasse anzuschaffen. Es sind zurzeit 737 Wagen 2. Klasse im Bau. Jetzt kann sich die wertfällige Bevölkerung in den bisherigen Käfen der Eisenbahn weiterzusammenschließen und noch mehr Geld dafür ausgeben, während für das Wohlbefinden der Passagiere der 2. Klasse um so mehr gejagt wird. Daran hat der Reparationsagent nichts auszusagen und ist mit dem deutschen Verwaltungsratsmitgliedern nationalitätlicher Bestimmung völlig ein Herz und eine Seele.

Bezirkskonferenz des KPD

am Sonnabend den 8. Dezember 1928, 18 Uhr.
Sonntag den 9. Dezember 1928, 9 Uhr.
im „Bürgergarten“ Dresden-Altstadt, Lübecker Straße.

- ### Tagesordnung:
1. Begrüßung der Delegierten durch die roten Kaffeten.
 2. Eröffnung und Begrüßung durch auswärtige Bezirksdelegierten.
 3. Bericht vom 3. Weltkongress der KPD. (Ref.: Vertreter des KPD.)
 4. Bericht der Bezirksleitung und nächste Aufgaben.
 5. Wahlen und Anträge.
 6. Verschiedenes.

Zur Zeit zur Konferenz haben alle Mitglieder des KPD und der KPD gegen Vorzeigung des Mitglieds- und Gewerkschaftsbuches.

Die Dresdner Arbeiterkassen wird gebeten, Quartiere zur Verfügung zu stellen. Meldung im Sekretariat des KPD, Dresden 28, Columbusstraße 8.

Skandal in der Pan-Europa-Union

In der „Pan-Europa-Union“, einer aus bürgerlichen und sozialdemokratischen Politikanten zusammengesetzten Organisation zwecks Zusammenschlusses der europäischen kapitalistischen Staaten mit mehr oder minder deutlich betonter Frontstellung gegen die Sowjetunion, ist es zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen, weil der Präsident, Graf Coudenhove-Kalergi, sich weigert, Rechnung abzulegen. Es handelt sich bei den Geldern der Pan-Europa-Union um außerordentlich hohe Summen, da ihr nicht nur Mitgliedsbeiträge, sondern auch in hohem Maße amtliche Gelder zuzuführen. Es muß sich wohl um ganz skandalöse Zustände handeln, die vielleicht schon den Tatbestand des Betruges ergeben; denn sonst hätten Leute wie der Reichspräsident Lohse, der frühere Reichsminister Koeth und die Abgeordnete Schreiber-Krieger ihre Vorstandsfunktionen in der Pan-Europa-Union wohl noch nicht niedergelegt.

Masseneintritt in die KPD

In Dortmund-Hörde fand am Freitag eine von der Opposition im DHB einberufene Versammlung statt, die von 200 Personen besucht war. Es wurden eine große Anzahl von neuen Mitgliedern für die kommunistische Partei aufgenommen.

Ein Reinfall der SPD

Am Sonnabend dem 1. Dezember, dem letzten Tag vor den Thüringer Kreis- und Gemeindegewahlen, sprach der Genosse Max Hoelz in sieben Rundgebungen der kommunistischen Partei in Thüringen. In Altenburg waren 6000 Arbeiter auf dem Marktplatz versammelt. In Wittenberg fand nach Schluß der kommunistischen Rundgebung eine SPD-Versammlung statt, in der die Landtagsabgeordnete Emma Sachse referierte. Genosse Hoelz wohnte der Versammlung bei. Er meldete sich ordnungsgemäß zur Diskussion und erhielt auch das Wort. Als die sozialdemokratische Referentin merkte, daß die Ausführungen des Genossen Hoelz bei den sozialdemokratischen Arbeitern auf einen fruchtbareren Boden fielen, versuchte sie, die Diskussion abzuwehren. Als Genosse Hoelz verlangte, daß er genau so ohne Unterbrechung sprechen dürfe, wie die Referentin, ließ Frau Sachse Polizei holen. Es erschien aber nur der einzige Polizist des Ortes, der seinen Grund zum Eingreifen sah. Die Referentin gebärdete sich wie wahnhaftig und hysterisch und erklärte die Versammlung für geschlossen. Aber nur ganze drei Mann gingen mit ihr hinaus, während Genosse Hoelz die Versammlung zu Ende führte.

Waterländische Stinkbombe

Eine Erklärung in der Dresdner Rechtspreß

Den waterländischen Verbänden genügt es nicht, sich am 25. November im Künstlerhaus gelegentlich des Magnus-Hirschfeld-Vortrages wütend benommen zu haben. Sie befehlen überdies noch die spirituelle Freiheit, ihr wütendes Treiben mit Sittlichkeit trielenden Strafen zu bestrafen, und lassen folgende dreiste und verlogene Erklärung vom Stapel:

Am Sonntag den 25. November 1928 (Toten Sonntag) war im Künstlerhaus ein Vortrag des Herrn Dr. Magnus Hirschfeld-Berlin über das Thema: „Jugendliche und Nameradische“ angelegt worden. Veranstalterin war die Littmannsche Buchhandlung Dresden-A., Prager Straße 19. Die unterzeichneten nationalen Verbände würdigen durchaus die Notwendigkeit der wirklich wissenschaftlichen Behandlung des Eheproblems. Sie verwahren sich aber dagegen, daß keine Behandlung zu Geschäftszwecken in breiterster Öffentlichkeit stattfindet und daß sich zum Sprecher dieser das deutsche Leben entscheidend berührenden Frage ein Fremdhämmiger aufwirft, dem die deutsche Seele nicht nur fremd ist, sondern deren systematische Vergiftung die Absicht der geistigen Richtung ist, die Herr Magnus Hirschfeld vertritt. Es ist außerdem tief bedauerlich, daß für den „Vortrag“ der Toten Sonntag gewählt wurde, der mehr denn je dem Gedächtnis unserer Gefallenen und ihrem Opfer für die Größe und Freiheit des Vaterlandes gewidmet sein sollte.

Der Stahlhelm F. d. F. Dresden, Deutscher Offiziersbund Dresden, Nationalverband Deutscher Offiziere Landesverband Schlachten, Vereinigte Waterländische Verbände Dresden, Bezirksgruppe Dresden im Deutschen Turnerbund, Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund Hochschulgruppe Dresden, Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Ortsgruppe Dresden, Reichs-Offiziers-Bund Ortsgruppe Dresden, Dresdner Rassenring.

Dieses Elaborat braucht kaum kommentiert zu werden. Immerhin verdient der Umstand Erwähnung, daß, wenn jemand ein Geschäft hat veranlassen wollen, es doch höchstens die Buchhandlung Littmann war, die eben jenen Kreisen, die sich so pöbelhaft benahmen, ideologisch recht nahe steht. Wenn Magnus Hirschfeld, der (wir unterzeichnen es) bürgerliche Wissenschaftler, an ein Geschäft dachte, so höchstens nur an das, sein Institut für Sexualwissenschaften mit den durch die Vorträge erworbenen Geldern auszubauen. Die Ansicht, daß die Behandlung der von Hirschfeld erörterten Fragen nicht in die breite Öffentlichkeit gehören, ist außerordentlich bezeichnend für die „Sittlichkeit“ der nationalen Meute. Sie wünscht solche Fragen in der Dunkelkammer behandelt, weil sie alle Ursache hat, sich vor Enthüllungen zu fürchten, die ihre eigene Verkommenheit ans helle Licht des Tages ziehen. Es brauchen in diesem Zusammenhang nur zwei Wörtchen genannt zu werden: Etappe Gent. Und ausgesprochen diese Kreise werden sich zum Schutze der Sittlichkeit auf. Zum Sprecher in dieser das deutsche Leben entscheidend beeinflussenden Frage wirft sich ein Fremdhämmiger auf, schreiben sie. Die Abstammung Hirschfelds muß herhalten, weil gewisse Argumente den nationalsozialistischen Büffeln abgeben. Auch hierzu kann festgestellt werden, daß es vornehmlich völkerverhetzende Hinterlandtrierer waren, die in Etappe Gent eine Rolle spielten, und daß es die deutsche Aristokratie zu allen Zeiten nicht für Raub erachtete (man kann auch Bismarck anführen), sich eng und eng mit Juden zu verbinden, vorausgesetzt, daß Geld dabei herauskommt. Abgesehen davon möchten wir wissen, inwiefern eine wissenschaftliche Erörterung gerade dieses Themas Vergiftungserscheinungen zeitigen könnte. Freilich, den Schweinen ist alles Schwein! Die nationalsozialistischen Herrschaften, die durch Etappe Gent gegangen sind, brauchen für sich keine Vergiftung befürchten. Sie sind moralisch und sittlich durch und durch verfaulen. Und um die anderen braucht der nationalsozialistische Wab keine Sorge zu tragen. An den Krieg hätten die chauvinistischen Bramarbasche gleich gar nicht erinnern sollen. Es ist nachgerade dem bornierten Gehirn bekannt geworden, welche Verachtung durch das stinkende Stahlbad des Krieges in Jervallbus um sich greift, ja, um sich greifen mußte. Und wenn heute die Verfasser jener Erklärung sich gegen eine Erörterung dieser Fragen wenden, so nur deshalb, weil sie Vertreter jener Kaste sind, die zwar insgesamt weiter im Kot wühlen möchte, aber nach außen hin sich ein tugendhaftes Müttelchen umzuhängen wünscht. Das wird ihnen aber nicht gelingen. Sie sind erkrankt und nicht nur durch die Stinkbomben gegen Magnus Hirschfeld gebrandmarkt für alle Zeiten.

Die Kinder der Ruhrproletarier in Dresden

Gestern trafen in Dresden 39 Kinder ausgesperrter Ruhrarbeiter aus Gelsenkirchen in Dresden ein. In den Annenshöfen fand eine gütliche Empfangsunterkunft statt, über die wir morgen ausführlich berichten werden.

Landesverband kommunistischer Lehrer Sachsens

am Sonnabend dem 8. und Sonntag dem 9. Dezember im Volkshaus in Chemnitz, Zwifauer Straße. — Sonnabend um 16 Uhr: Führung durch die Industriehalle; 18 Uhr: Beginn der Sitzung. Erscheinen aller dringend notwendig. Elternräte, JCB eingeladen.

Die Konsumverteilungsstelle 84, Kesselsdorfer Straße 38, verankert am heutigen Mittwoch, dem 5. Dezember, um 19 Uhr im Gasthof Wölfnitz einen genossenschaftlichen Werbestand.

Kleines Feuilleton

Centraltheater. Einige Male zeigte sich die „Dollarpriesterin“, Ernst Jolan. Kurz sei konstatiert, daß diese Operette von Leo Fall den Beifall eines anspruchsvollen Publikums fand. Kein fälschlich und darstellerisch war er auch verdient. Dem Sufso Heil möchten wir nur empfehlen, die alte Schwärze nicht mit Rot-Front-Rufen auf neu zu frisieren. Das ist abgemacht und deplaciert. Die „Dollarpriesterin“ wirkt nur noch durch ihre leichte und gefällige Musik. Also, bitte, keine allzu krampfhaften Bemühungen.

Residenztheater. Bevor man zu den weltberühmten Fratellinis kommt, muß man mit Boettcher, Strehl, Klinger, Jrl. Witt und Jrl. Cestreich durch die Operette von Offenbach und Jeller bis Hirsch und Gildert spazieren. Dieser Promenadenbummel ist alles andere denn angenehm. Weher ihm steht als Motto: „Da schweigt des Sängers Höllichkeit“. Die Fratellinis halten auch nicht, was man erwartet. Kommt im Centraltheater war viel besser. Aber da ist etwas für Kenner. Eine parodistische Bantomime auf die Arbeit von Akrobaten. Und die Parodie auf einen Tanzart. Das einzige, was das Programm genießbar macht.

Alberttheater. Der Spielplan muß durch die Verlegung der Dreiartheneroper voraussichtlich bis in den Januar wie folgt geändert werden: Freitag den 7. Dezember: die vieraktige Detektiv-Trickomödie „Der Herer“. Sonnabend den 8. Dezember: letztes Galspiel Prof. Adolf Müller als Onkel Bräutigam. Sonntag den 9. Dezember: 19.30 Uhr: Erstaufführung des Weihnachtsmärchens „Wauwau's Weihnachtsjahr oder Christfersenschein“ von F. V. Geißler, Musik von Franz Köhler.

Jakob Teziere las Andersen-Märchen. Zeitgemäß ist ein solches Tun sicher nicht und die Volkshäuser hat sich umsonst bemüht. Daß künstlerisch jedoch ein freundlicher Erfolg Teziere zuteil wurde, besonders bestimmt durch ein Dänisch-Deutsch, sei gern vermerkt.

Die freie Elternvereinigung der 25. und 63. Volkshäuser veranstaltete am Sonntag eine Kindertheateraufführung. Das Stück hieß „Ein Traum von Gold“. Der Inhalt fußt auf einer Episode aus Schaffers historischem Roman „Elke und der“, der in der Mitte des vorigen Jahrhunderts entstand.

Immer dran denken — nichts vergessen!

Von Albert Saad

Zweihundertzwei Stunden lang trommelte Cichuhagel auf jenseitige Belouunterstände, Hab legt in Ruhe, Ruhe vor dem Sturm, Sie liegen im Dreck, in Kalk und Lehm vergraben bis an das Kinn — und warten auf den Befehl zum Sämen. Sie — die Sieger, „Seltene mehr pflanzt auf!“ Die stille Morgensruhe wird zerrissen durch die inartende Stimme des Leutnants mit dem Knabenantlitz. Die langen Reihen stehn bereit. — „Zum Sturm — Sprung auf — hurra — hurra!“ Das Echo schallt zurück, wie wenn die Raben beim Anblick eines Ajaes ihr etelhaftes Krächzen in die Luft trompeten. Wui — wui, taf — taf, taf, wum — wum. — Jetzt sind sie mitten drin in ihrer Schlächterarbeit. In warme Menschenleiber bohrt sich der blanke Stahl; Handgelenken zerschellen Arme, Beine, Köpfe; Kolben zertrümmern knirschend Menschenhirne. Welter — weiter — weiter! Noch ist der Graben nicht angenommen. Noch weht auf Frankreichs Stellung nicht die deutsche Flagge. „Weiter!“ Schleicht, hockt, schlägt, würgt. Alles für Deutschlands Ehre. Jetzt noch ein letzter Sprung, ein wildes verzweifeltes Krängen, Stuß an Brust, und: gewonnen — achse!



Am andern Morgen, als die ersten Sonnenstrahlen sich ihren Weg durch Wolkenschichten bahnten, da gingen sie, die Sieger, einer traurigen Arbeit nach: Begruben ihre Toten. Doch drüben im halberhörsenen Dorf, das keine Hübelspitzen gegen die Luft streckt, liegt auf der Kirche kalte Allele Hans Schlüter — und der Rest der Kompanie. Das dumpfe Stöhnen der Verwundeten, das Röcheln derer, die bald überlandten haben, das Kinderstöhnen der achtzehnjährigen Knaben, die nach der Mutter rufen, verflingt spurlos am Ohr des Arztes, der hier mechanisch und genau sein Handwerk ausübt wie ein Schlächtermeister. Hans Schlüter wimmert nicht. Die Seele, die die Schmerzenslaute von sich stoßen will, ist längst verdorrt. — Doch nicht vor Durst. Das Antlitz, das in aller Eile vom Blut gereinigt, gleicht einem Totenschädel mit leeren, schwarzen Augenhöhlen. Wie eine weißglühende Nadel zeriß die Kugel beide Augen. Blind geschossen! Gestern noch in voller Jugendherrschaft. Während wie eine Aole. Und heute schon ein Wack, eine menschliche Ruine. . . Mit einundzwanzig Jahren. . .

Am einem grau-bezemberlichen Tage sitzt in der Großstadt unterm Stadtbahnbogen auf einer alten, ausgefransten Bank ein blinder Mann. Und neben ihm — sein Hund. Die Menschen, die der Arbeit fern entronnen, jastreiben ihren heimtätlichen Stäten, verweilen einen Augenblick und schweigen Schmerz bewegt. Gar manche Mänge wandert in den alten Hut, von harter Arbeitshand gepundet. Und manche Mutter wischt sich eine Träne mit schwielenvoller Hand wohl aus den Augen, als durch den Färm der Straße wimmernd klingt die Melodie: „Ich habe den Frühling gesehen.“ Ich aber schleudre meinen Kampfesruß dem goldbetretenen Pab in die so wohlgenährte Fraß, das mit hurra-Gebrüll und Friederikus Herz, mit Hiegerscheitern und mit „Heldenhainen“ die neuen Waffengraber schon bereitet.

Am einem grau-bezemberlichen Tage sitzt in der Großstadt unterm Stadtbahnbogen auf einer alten, ausgefransten Bank ein blinder Mann. Und neben ihm — sein Hund. Die Menschen, die der Arbeit fern entronnen, jastreiben ihren heimtätlichen Stäten, verweilen einen Augenblick und schweigen Schmerz bewegt. Gar manche Mänge wandert in den alten Hut, von harter Arbeitshand gepundet. Und manche Mutter wischt sich eine Träne mit schwielenvoller Hand wohl aus den Augen, als durch den Färm der Straße wimmernd klingt die Melodie: „Ich habe den Frühling gesehen.“ Ich aber schleudre meinen Kampfesruß dem goldbetretenen Pab in die so wohlgenährte Fraß, das mit hurra-Gebrüll und Friederikus Herz, mit Hiegerscheitern und mit „Heldenhainen“ die neuen Waffengraber schon bereitet.

Eine Störung im Straßenbahnbetrieb trat am Dienstag gegen 16 Uhr infolge Überbrückens an einem Sammelbahnen-Planungswandier im 1000-Volt-Netz der städtischen Elektrizitätswerte ein. Durch Umhängen auf die Reiterkollektoren waren die innerhalb 20 Minuten gehoben. Die innere Stadt, die durch das 2000-Volt-Netz gespeist wird, wurde von der Störung nicht betroffen. Der Straßenbahnbetrieb erlitt dagegen eine Unterbrechung von etwa 20 Minuten; er wurde 16:24 Uhr wieder aufgenommen. Da die Störung gerade in die Zeit des Bureauausflusses zahlreicher Firmen fiel, war der sehr rege Straßenbahnbetrieb für die Dauer einer halben Stunde besonders gewaltig.

Ein netter Freund

Sonnabend früh war ein 22 Jahre alter Klempner, der von einem Vergnügen nach Hause gehen wollte, auf dem Leipziger an der Elbe von Krämpfen befallen worden und benutzlos liegen geblieben. Als er wieder zu sich gekommen war, vermehrte er keine Taschenuhr mit Kette und einen Geldebetrag. Der Verdacht, den Diebstahl verübt zu haben, lenkte sich sofort auf seinen Freund, einen 20jährigen Hausburchen, der ihn begleitet hatte und dann verschwunden war. Als dieser nach Hause kam, wurde er von einem Kriminalbeamten in Empfang genommen. Er leugnete hartnäckig, der Täter zu sein. Erst als man das gestohlene Gut bei ihm vorfand, gestand er die Tat ein.

Darlehensbetrüger. In letzter Zeit waren in Zeitungen von einem heiligen Vermittlungsbureau Inkonsistenzen erschienen, in denen gelobenden Personen unter günstigen Bedingungen Darlehen angeboten wurden. Den sich meldenden Personen erklärte man, daß sie das Darlehen in nächster Zeit von einer Hamburger Bank, Kommandit-Gesellschaft, erhalten würden. Als Vermittlungsgebühr und Anlaufendeckung wurden den Leuten Beträge in Höhe von 10 bis 50 RM abgenommen. Das Darlehen traf jedoch nicht ein. Der Inhaber dieses Bureaus, ein 20jähriger Vermittler, wurde jetzt von der Kriminalpolizei festgenommen und der Staatsanwaltschaft zugestellt. Es konnte ihm nachgewiesen werden, daß er in etwa 40 Fällen Personen reichlich hatte. Mit der Entgegennahme der Anlaufbeträge hatte sich seine Tätigkeit erledigt. Das Geld verwendete er in seinem Ruhen.

Bestohlen. Sonnabend früh war ein 22 Jahre alter Klempner, der von einem Vergnügen nach Hause gehen wollte, auf dem Leipziger an der Elbe von Krämpfen befallen worden und benutzlos liegen geblieben. Als er wieder zu sich gekommen war, vermehrte er keine Taschenuhr mit Kette und einen Geldebetrag. Der Verdacht, den Diebstahl verübt zu haben, lenkte sich sofort auf seinen Freund, einen 20jährigen Hausburchen, der ihn begleitet hatte und dann verschwunden war. Als dieser nach Hause kam, wurde er von einem Kriminalbeamten in Empfang genommen. Er leugnete, der Täter zu sein. Erst als man das gestohlene Gut bei ihm vorfand, gestand er die Tat ein.

Drei Kinder an Gasvergiftung erkrankt

Pirnna. Am Montag nachmittag erkrankten in einem Hause der Schiffstr. drei Kinder an Gasvergiftungserkrankungen. Die kriminalpolizeilichen Erörterungen ergaben, daß der Vater der drei Kinder mittags nach Hause gekommen war und sich in Abwesenheit seiner Ehefrau das Mittagessen auf dem Gasherd gewärmt und dabei aus Unachtsamkeit den Gasherd offen stehen gelassen hatte. Während die Kinder in der Küche spielten, schlief der Vater auf dem Divan. Die Kinder wurden von einem Unwohlsein befallen und fielen um, nur die größere Tochter war imstande, bei der Mutter Hilfe zu holen. Die Kinder erholten sich unter den Händen herbeigerufenen Samariter bald wieder.

Auf der Straße gekorben

Burgstädt. Der 81 Jahre alte Sattlermeister Moriz Seidler von Ottendorf fuhr nach alter Gewohnheit mit dem Schiebehock nach Chemnitz um Futzen zum Aufpolstern einzukaufen. Als Seidler gegen Abend noch nicht zurück war, wurden Erörterungen angestellt. Am nächsten Morgen fanden Ortsbetrohener den alten Mann, der in seinem Leben erst einmal auf der Eisenbahn gefahren war, in einem unweit seiner Wohnung gelegenen Garten neben dem umgefallenen Schiebehock in Hemsärmeln tot auf.

Freiberg. Der Verband Volksgesundheit veranstaltet am Donnerstag einen öffentlichen Vortrag im kleinen Saal der Union: „Das innere Drüsenstystem und dessen Bedeutung in gebunden und kranken Tagen“. Redner ist der Verbandsobmann Hermann Wolf, Dresden. Alle Partei-, Gewerkschafts- und Sportgenossen sind hierzu eingeladen.

Schachspieler von Rahnitz-Bellerau und die es werden wollen, werden hiermit eingeladen, am morgigen Donnerstag, dem 6. Dezember, im Lindengarten zum Propagandaspiele des Dresdener Vereins zu erscheinen. Es beteiligen sich die Abteilungen Fischen, Wästen, Trachtenberge und Altstadt. Die Genossen der vier Abteilungen treffen sich um 19 Uhr am St.-Pauli-Friedhof. Es können auch andere Genossen daran teilnehmen.

Wer sich orientieren will

über alle Fragen des Jugendbuches und Jugendrechtes, über die Lage der Jungarbeiterschaft der verschiedensten Industriegebiete, über die Fragen der Fortbildungsschule und der Fürsorgeanstalten, über die Lage der Jugend in Rußland usw., abonniere sofort

„Die Junge Garde“

Erscheint 14tägig. Jede Nummer 10 Pfennig. Vierteljährlich 30 Pfennig zuzügl. Bestellgeld. Zu bestellen bei jedem Postamt, jedem KZ-Funktionär oder im Sekretariat des KZVD, Columbusstraße 9.

Die 7 Zwerge aus dem Märchenlande Schneewittchens im Rollwarenhaus Saxonia, Kesselsdorfer Straße. Eine Weihnachtsfeier für die Kinder gibt es im Rollwarenhaus Saxonia in der Kesselsdorfer Straße. Seit Sonnabend sind dort ab 10 bis 19 Uhr 7 kleine Zwerge damit beschäftigt, alle Kinder in den Verkaufsräumen zu unterhalten. Es sind dies keine Kinder, die als Zwerge verkleidet sind, sondern wirkliche Zwerge (Kiliputaner), die zum Teil schon im Mannesalter stehen. In ihren Gesellen reizen. Am ersten Tage war der Zwerge so groß, daß zeitweise die Zwerge in Gefahr kamen erdrückt zu werden, und mußten sie deshalb zeitweise zurückgezogen werden. Aber die Zwerge in Ruhe besetzen und sich mit ihnen unterhalten will, noch eine Reihe von Tagen zu sehen. Außer den Zwergen sind noch im Erdgeschoß an den Wänden Märchenmalereien übergeben.

Die Tendenz soll sein, daß Gold nicht glücklich mache, daß die Rolle vielmehr die Religion spiele. Der brennende Reichmachtsbaum jagt für den nötigen Zauberberg. Daß er nicht ins germanische Milieu paßt, sei nur kurz angedeutet. — Die Eltern dieser Kinder sind hauptsächlich Werkstätige. Ihre Pflicht wäre es gewesen, die Gegenwart, Konfort und Schulgeld, vor Augen zu führen. Zurückgreifen in die Vergangenheit ist ganz verkehrt. Die Gegenwart stellt uns vor große Aufgaben. Die freie Elternvereinigung dient der Gegenwart mit solchem mütterlichen Zauber schlecht. Er ist unbedingt abzulehnen. Im Vorjahre war ein revolutionärer Abend veranstaltet worden. Wenn er wenig Anklang fand, so mußte in geschickter Weise ein Programm geschaffen werden, das auch Indifferente anzog und beeinflusste. Dieser Abend aber war eine glatte Kapitulation vor dem Reformismus.

Die Reaktion terrorisiert die Theater

Im Deutschen Schauspielhaus in Hamburg wurde die Auf-führung des Bruckner'schen Stückes „Die Verbrecher“ zu Beginn des 2. Aktes mittels Anwendung von Riechpulver, Stinkbomben, Trillerpfeifen und Streifen eine halbe Stunde lang unterbrochen. Folgt entfernt die Rührständer. Nach Schluß der Vorstellung wurde auf der Straße weiter tumultiert. Unter 16 Verhafteten befindet sich auch das nationalsozialistische Bürger-schaftsmittglied Hüttmann. — Mit den nationalsozialistischen Kombis Hand in Hand geht die Pfaffen-gesellschaft. In Frankfurt am Main demonstrierte sie gegen Salentovers Stück „Ehen werden im Himmel geschlossen“. Ein Geistlicher hielt in der Pause aus der Balkonloge eine Ansprache. Er nannte es einen Skandal, daß ein derartiges Stück, das eine Gotteslästerung darstelle und alle religiösen Gesinnungen herausfordere, auf einer öffentlichen Bühne aufgeführt werde. Man werde das künftig nicht mehr dulden. Die Reaktion marschiert. Sie terrorisiert Künstler und Wissenschaftler sogar im eigenen Lager.

Im UT läuft, springt, vollgiert Douglas Fairbanks als dierter Musketeer (nach Alexander Dumas) über die weiße Wand. Mit Kunst hat das nichts zu tun. Der Film ist alt, verregnet, technisch und darstellerisch selten schlecht. Es lohnt sich nicht, etwas dazu zu sagen. Hugenberg zwingt seine Direktoren, dem Publikum jeden Dreck vorzusetzen.

Ausschlussoffensive der Verräter

Essen, 5. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) In einer vertraulichen Sitzung des Erweiterten Verbandes der DWA wurden bereits Beschlüsse gefasst, die brutale Maßnahmen gegen die oppositionellen Kollegen vorzuziehen. Es wurde auch beschlossen, sofort mit Ausschlüssen und sonstigen Maßnahmen einzuschreiten.

Es war vorauszusetzen, daß die Unternehmer nach dem Nordwestkampf zu einer breiten Nationalisierungsoffensive gegen die Arbeiter vorgehen würden. Die Vereinigten Stahlwerke Duisburg werden einen großen Teil ihrer Anlagen nicht mehr eröffnen. Es handelt sich um einen Hochofen bei 2b, um eine Walzenstraße und eine Stahlformgießerei.

Die Furcht der Verräter vor den Massen

Essen. (Eig. Drahtbericht.) Auf der Bezirkskonferenz des DWA am Sonntag kam deutlich die Furcht der reformistischen Verräter vor der Abrechnung der Massen zum Ausdruck. Wohl ein Duzend reformistischer Gewerkschaftsangehöriger und Betriebsräte trat auf und sprach gegen die Annahme des Severing'schen Schiedspruches. Typisch für die Stimmung war, daß der reformistische Betriebsrat Engels von Krupp, Rheinhausen, erklärte, seine Belegschaft würde ihn zum Teufel jagen, wenn er ihr von dieser Kapitulation berichten würde. Der Dortmunder DWA-Angestellte Schmidt schlug — und er wurde von Brandes mit dem Hinweis auf das Ruhr-Echo „dafür gerügt“ — so harte Töne an, daß er den Verlauf des Kampfes als eine „Traagdie“ für die Gewerkschaftsführung bezeichnete. Er erklärte, die Folgen dieser Kapitulation würden für die Arbeiterschaft die gleichen, wie die des Berliner Abkommens 1924 sein, wo den Hüttenarbeitern der Kaffentag geraubt wurde.

Die Ruhrausberrung — ein glänzendes Geschäft

Bei Ausbruch des Ruhrkampfes verfügten die Schwerindustriellen über außerordentlich große Lagerbestände, die sie infolge des Nachlassens des Inlandabfahres nicht loswerden konnten. Der tatsächliche Schaden, den die Ruhrindustriellen durch die Stilllegung der Hochöfenanlagen u. m. tragen müssen, haben sie von vornherein durch die Extraprofite bei dem Verkauf der angesammelten Lager zu erhöhten Preisen während des Stillstehens der Eisenproduktion im Ruhrgebiet wettmachen zu können gehofft. Das ist auch tatsächlich eingetreten; denn nirgends ist von den reformistischen Gewerkschaftsführern etwas unternommen worden, um den Abtransport der großen Lagerbestände zu verhindern oder die Übernahme von Aufträgen durch nichtilllegale Werke benachbarter Unternehmungen zu unterbinden. Im Gegenteil, die Reformisten haben sogar zugestimmt, daß einige Eisenwerke im Ruhrgebiet „wegen dringender Aufträge“ die Produktion fortsetzen konnten. Nach über vier Wochen Stilllegens der Ruhrindustrie tritt jetzt der Zeitpunkt ein, wo die gemaltigen Eisen- und Stahlvorräte, die am Kampfbeginn lagerten, erschöpft sind. Ein weiteres Stilllegen der Werke würde deswegen die Ruhrindustriellen besonders empfindlich treffen. Sogar ein reformistisches Betriebsmitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes berichtet in dem bürgerlichen Montag-Morgen hierüber:

„Erst in diesen Tagen werden die Folgen der Ausperrung für die Unternehmer praktisch sichtbar. . . . Wenn die Regierung sich gerade in diesem Augenblick, in dem die Unternehmer zum erstenmal die Folgen ihres eigenen Rechtsbruchs (?) zu fühlen beginnen, zu einem „Schiedspruch“ entschließt, so ist das der Arbeiterschaft unverständlich.“

Sie haben alle nur einen Feind! Das Proletariat!

Ich habe nie einem Menschen gesagt, er solle einem Gebotensbefehl nicht folgen, geschweige denn öffentlich dazu aufgefordert. Denn ich hätte mich mit einer solchen Neuerung in Widerspruch gesetzt mit meiner Stellung zum Reich vor und nach dem Streik. Ebert.

Als der Streik überraschend kam, mußten wir wohl oder übel Stellung nehmen. Ich stand mit Ebert und anderen Mitgliedern des Parteivorstandes laufend in Verbindung und bin über die Vorgänge sehr genau informiert. Der Parteivorstand hielt den Streik für ein Unglück. Er war der Überzeugung, man müßte alles tun, um ihn so schnell als möglich zu beenden. Bauer.

Der Herr Reichspräsident wird unerschrocken beschimpft von den Kommunisten. Sie haben ein volles Recht dazu, denn wenn sich jemand dem Siege des Bolschewismus in Deutschland entgegenstellt hat, so war es Ebert. Landsberg.

Da der innere Feind, der Bolschewismus, wieder mehr denn je am Werke ist, und vielleicht in der nächsten Zeit sein blutrotes Banner überall entfalten wird, so hofft der Stahlhelm, wenn die Stunde ruf, zusammen mit dem Reichsbanner gegen diesen Feind der Republik und des deutschen Vaterlandes zu Felde ziehen zu können.

„Der Stahlhelm“, Nr. 21 vom 22. Juni 1924.

Damals so — wie heute: gegen die Kommunisten und damit gegen das Proletariat! Und du zögerst noch? Jetzt Jahre Poltand der revolutionären Partei, zehn Jahre Kampf gegen die Feinde des Proletariats mahnen auch dich:

Sine in die SPD!

„Ein Sieg der Unternehmer!“

So urteilen sozialdemokratische Zeitungen über die Severing-Aktion

Die „linke“ SPD-Presse hat wieder Hochkonjunktur. Genau wie sie nach der Bewilligung des Panzerkreuzerbaues durch die SPD-Minister in radikalen Phrasen deren Zustimmung zum Bau angriff und gegen die Koalitionspolitik wetterte, um dann zu guter Letzt gehorlich in die Aufrüstungspolitik des Parteivorstandes einzuschwenken, wiederholt sie jetzt dasselbe Spiel. Um die SPD-Arbeiter bei der Stange zu halten, führt sie Scheingriffe gegen den Parteivorstand. Hierbei muß sie wohl oder übel den Verrat an den Ruhrarbeitern eingestehen. So schreibt die Leipziger Volkszeitung:

„Die Unternehmer „unterwerfen“ sich. . . . Daß sich die Montanherzöge dazu entschlossen haben, ohne über den Inhalt der geplanten Entscheidung unterrichtet zu sein, wird niemand behaupten wollen. . . . Also müssen die Eisenarbeiter Haare lassen, sofern sie sich der Entscheidung unterwerfen, die von Severing getroffen werden soll.“



GIBT VIER MITTAGESSEN FÜR KINDER AUSGESPERRTER METALLARBEITER

GEBT SCHNELL! HELFT! ZEICHNET EINEN STUNDENLOHN WERDE MITGLIED DER I A H

Noch klarer als die Leipziger Volkszeitung drückt das die Volkswacht für Schlesien in ihrer Stellungnahme aus:

„Denn allein die Tatsache, daß Genosse Severing einen neuen Schiedspruch fällen soll, bedeutet die Aufgabe des bisherigen Standpunktes des Reichsarbeitsministers und der Regierung, sowie vor allem der Gewerkschaften. Er (Severing) soll einfach einen neuen Lohnschiedspruch fällen, aber selbst, wenn der inhaltlich so wäre, wie der alte (was doch ganz unwahrscheinlich ist, denn dann brauchte es ja keiner Vermittlung), wäre damit der alte Schiedspruch doch aufgegeben und die Unternehmer hätten in diesem wichtigen Punkte gesiegt. . . . Wie der Spruch Severings auch ausfällt, das Verfahren selbst würde ein außerordentlich bedauerliches Nachgeben gegenüber den Arbeitgebern und zweifellos einen Sieg der Unternehmer bedeuten.“

Am raffiniertesten führt die Volkszeitung für das Vogtland das Mandat zur Täuschung der Arbeiterschaft mit folgender Stellungnahme durch. Unter den Ueberschriften, wie „Severing gegen Wiffel?“, „Wo bleibt die Disziplin der Minister?“, erklärt sie zur Beauftragung Severings als Schlichter:

„Die Minister haben die Partei also von neuem in völlig willkürlicher Weise vor eine vollendete Situation gestellt. Sie haben sich nicht mit der Fraktion in Verbindung gesetzt, als sie die „Vermittlungsoption“ im Ruhrkampf einleiteten. . . . Die Minister haben es nicht einmal für notwendig gehalten, sich mit dem DWA in Verbindung zu setzen, der größten, kampfkraftigsten gewerkschaftlichen Organisation, auf deren Vernichtung oder mindestens Lähmung die ganze Aktion der Unternehmer abzielt. Sind die Minister sich denn nicht klar, daß eine solche Politik sie in immer härteren Gegensatz zu dem gesamten Proletariat und seinen Interessen bringen muß? . . . Was kann Severing tun, wenn er „vermitteln“ will? Er müßte, wenn er „vermittelnd“ ist, das heißt wenn er nicht vollständig der Forderung der Gewerkschaften auf restlose Anerkennung des Schiedspruches entspricht, die vollständige Erfüllung des Unternehmerwunsches bedeuten. . . . Das würde heißen, daß der sozialdemokratische Minister Severing den Spruch des sozialdemokratischen Mi-

nisters Wiffel zugunsten des Kapitals korrigierte(!). . . . Die Minister haben unverantwortlich gehandelt. Sie müssen zur Rechenschaft gezogen werden! Und dem Wahnsinn eines Regierens, das dem Proletariat Position um Position kostet, muß endlich ein Ende gemacht werden.“

Selbst die fanatischsten SPD-Arbeiter müssen aus dieser Stellungnahme der SPD-Presse und insbesondere der „linken“ SPD-Presse begreifen, welches Spiel man wiederum mit ihren Interessen treibt. In bewusster Weise schiebt die Volkszeitung für das Vogtland die ganze Schuld für den Verrat im Ruhrkampf wieder den SPD-Ministern in die Schuhe, genau wie beim Panzerkreuzerbau. Genau wie damals behauptet man wieder die Wahrheit, daß die SPD-Minister ohne Verbindung mit der Fraktion, ohne Verbindung mit den DWA-Führern die Vermittlungsoption durchgeführt hätten. Dabei weiß jeder, der die Entwicklung beobachtet hat, daß in Wirklichkeit die SPD-Führer wie die DWA-Führer genau über die Aktion und auch über den Inhalt des Schiedspruches Severings unterrichtet waren.

Nationalsozialistische Mordüberfälle in der Pfalz

Im Anschluß an eine nationalsozialistische Versammlung in Worms kam es zwischen Arbeitern und Nationalsozialisten zu einer schweren Schlägerei. Die Arbeiter wurden mit Schuß-, Hieb- und Stichwaffen bearbeitet. Später griffen die Nationalsozialisten von einem Lastauto aus die Arbeiter nochmals an. Die Arbeiter verteidigten sich mit Steinen. Die Nationalsozialisten aber griffen zu ihren Schusswaffen und feuerten in die Masse. Bei der polizeilichen Durchsicherung der nationalsozialistischen Mordbanditen wurde eine große Anzahl Schuß- und Stichwaffen zutage gefördert. Im übrigen stand die Polizei vollkommen auf Seiten der Hitler-Banden. Verhaftet wurde von ihnen niemand.

Vom Tage

Vom Starkstrom getötet

II. Berlin, 5. Dezember. Die Berliner Blätter aus Ludenwalde melden, ereignete sich am Dienstagmorgens ein schweres Starkstromunglück. Bei Kanalisationsarbeiten an der Pumpstation mußte das Grundwasser geleitet werden. Man trieb zu diesem Zweck Filter in die Erde. Ein Filter kam unter der Leitung mit der Starkstromleitung in Berührung. Zwei Arbeiter waren sofort tot, mehrere andere wurden schwer verletzt abgenommen. Zwei von ihnen dürften kaum mit dem Leben davonkommen.

Großfeuer in einem Dorf

II. Saarbrücken, 4. Dezember. In Naltingen brach am Montag in einem Wohnhaus Feuer aus, das sich trotz sofortigen Eingreifens der Feuerwehr auf die Nachbarhäuser ausbreitete. Zwei Bauerngüter und zwei kleinere Anwesen wurden eingeäschert. Große Centenorräte, landwirtschaftliche Maschinen und etwa 1000 Garben Weizen wurden vernichtet.

Sieben Tote bei einem Automobilunglück

II. Paris, 4. Dezember. Wie aus Sfax in Tunis gemeldet wird, stieß ein Automobil mit einem Eisenbahnzug zusammen, wobei die beiden Insassen getötet wurden.

Drei Personen bei einem Automobilunglück getötet

II. Madrid, 4. Dez. In der Nähe von Lugo in Nordspanien stieß ein Auto mit einem Eisenbahnzug zusammen und explodierte. Die drei Insassen des Autos kamen in den Flammen um.

Schweres Erdbeben in Turkestan

II. London, 4. Dezember. Wie aus Moskau gemeldet wird, sind dort Berichte über ein schweres Erdbeben in der Nähe von Alma Ata in Turkestan eingetroffen. Nähere Nachrichten fehlen noch.

Sturmverheerungen in der Krim

II. Kowno, 5. Dezember. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat an der Westküste der Krim ein orkanartiger Sturm gewütet, der große Ueberschwemmungen zur Folge hatte. Viele Fischerdörfer liegen unter Wasser. Die an der Küste gelegenen Wege und Gebäude sind vollkommen zerstört, desgleichen die Strandpromenade in Eupatoria. Verschiedene Dampfer- und Fischerboote sind gekentert. Die Zahl der Menschenopfer konnte bisher noch nicht festgestellt werden. In den letzten 10 Jahren ist ein derartiger Sturm nicht beobachtet worden.

„Gegen den Gebärzwang!“

heißt ein Buch des Reichstagsabgeordneten Emil Höllein, Berlin.

Dieser hält einen Vortrag über

„Geburtenverhütung und Arbeiterschaft“

am 5. Dezember im Reichspalast

am 7. Dezember im Reichsbanner.

Eintritt 40 Pfennig.

Beginn 19.30 Uhr.

Verband Volksgesundheit.

25 ZIGARETTEN durch Sammeln von 20 Wertmarken
Gratis jeder 25 St. Packung unserer 5-10s Zigaretten liegt eine Wertmarke bei.
 Fordern Sie beim Händler eine **Sammelkarte**

EMILINE JUNIL
 JASMATZ & SOHNE, DRESDEN-16

Der Manteltarif der Holzarbeiter gekündigt

Kampft Organisierung von Kampfmaßnahmen Beschäftigung mit Angelegenheiten

Die Unternehmer der Holzindustrie haben den Manteltarif gekündigt. Um sich damit zu befreien, wurde eine außerordentliche Versammlung vom Holzarbeiterverband angeleitet. Wer aber glaubte, daß diese in aller Eile einzuberufen und trotzdem sehr gut besucht werden würde, wurde durch die Kündigungsbeschlüsse des Tarifkomitees und Kampfmaßnahmen belächelt. Man mußte sich eines anderen behelfen lassen.

Als 2. Punkt der Tagesordnung war die Wahl eines Bevollmächtigten bzw. eines Lokalbeamten vorgesehen. Daher „Außerordentliche Generalversammlung“; denn eine derartige Wahl darf nur in einer solchen getätigt werden. Daß es auch anders gemacht wird, zeigt uns die Abiegung von Bevollmächtigten, sowie Verwaltung, wenn selbige nicht in das Horn des Verbandsvorsitzenden läuten; dann wird vom Hauptvorstand einfach eine den Reformisten gefügige Person eingeleitet. In Dresden kann man ruhig von der „Demokratie“ Gebrauch machen, denn man läuft noch keine Gefahr, einen der Demokratifizierung der Wirtschaft entgegenstehenden Kandidaten gewählt zu erhalten.

Die Aenderung der Tagesordnung, die Wahl zuerst vorzunehmen, mit der schwachen Begründung, daß während der Erledigung des 2. Punktes (Stand unserer Vertragsbewegung) die Auszahlung erfolgen kann, die Kollegen das Resultat noch mitgeteilt bekommen könnten, hätte nicht akzeptiert werden sollen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß nach 1 1/2 bis 2 Stunden Dauer unserer Versammlungen die von der Last der Arbeit ausgemergelten Kollegen abgepannt sind und eine gezielte Weiterführung der Tagesordnung nicht mehr möglich ist. Der Antragsteller hätte dies wissen müssen. Dadurch wurde von vornherein die wichtigste Frage zu einer nebensächlichen, unter Zustimmung der Verbandsangehörigen, herabgesetzt. Die Kollegen dürfen die Erledigung einer so wichtigen Angelegenheit nicht der Verwaltung selbst überlassen! Die Tarifbewegungen der Berg-, Hütten- und Maschinenarbeiter, besonders die arbeiterfeindliche Haltung der Gewerkschaftsführer, müßte uns Veranlassung geben, selbst über die weiteren notwendigen Schritte zu beraten und zu beschließen, und deren Durchführung vom Hauptvorstandsvorsitzenden zu erwirken.

Rum zum 1. Punkt: So wurde bekanntgegeben: Kollege Diebler folgt einem Rufe nach Leipzig, um die 2. Vorstandsstelle des Arbeitsamtes zu übernehmen. Er hatte „weder die Absicht noch den Willen, von uns zu scheiden“, waren seine einleitenden Worte. — Recht sonderbar klingt es, dummdreist, wenn einem noch seine Worte von der Jahresversammlung im Trianon im Ohr klingen: „Wenn ihr mir nicht mehr gebt, dann gehe ich eben dorthin, wo ich mehr bekomme!“ — Ich nehme aber dies Amt an, in der Hoffnung, dort für euch (!?) wirken zu können. Ich erfülle damit den Ruf, daß wir Arbeiter in den Verwaltungsrat des Staates eindringen müssen!!! Einige Disziplinredner waren, und dies mit Recht, der Meinung, daß mit dem Eindringen in Staatsämter die betreffenden Kollegen den letzten Funken ehemaligen Zugehörigkeitsgefühls zur arbeitenden Klasse gar schnell verlöschen. Es wurden Namen genannt, wie Tempel, Haack, Helst, Bud usw. Meistens war diese Aufzeichnung von Tatsachen dem Herrn zukünftigen Arbeitsamtsvorsitzenden sehr unangenehm, denn er unterbrach mehrmals die treffenden Ausführungen eines eigenen Parteifreundes mit der Bemerkung: „Dies gehört nicht zur Wahl!“ Die Besetzung der nun freierwerdenden Stelle wurde unter Umgehung der Ausschreibung so geregelt, daß Kollege Wagner, der Angelernte, zum 1. und Kollege Deutschmann zum 2. Bevollmächtigten gewählt wurden.

Interessant war noch eine bewußte Verdrehung des Kollegen Diebler aus der großen Verwaltungssitzung. Dieser Held hat in solchen Sachen eine besonders große Begabung.

Die Lohnbewegungsangelegenheit wurde unter großer Anruhe vom Kollegen Diebler vorgetragen. Ein Verfolgen der Ausführungen der Diskussionsredner war vollständig ausgeschlossen. Man ging nach Hause, ohne politisches Ergebnis.

Darum, Kollegen! Rahgehoht, was veräuert wurde! Nehmt Stellung in den Betrieben! Erzwingt die Durchsetzung der Forderungen der 46-Stunden-Woche und der Gewährung von Ferien, so wie es die Vertrauensleute beschlossen haben!

Ohne Kampf ist nichts nennenswertes herauszubekommen. Wenn schon Kampf, dann aber auf der ganzen Linie. Nur so werden unsere Forderungen erfüllt.

Holzarbeiter! Die Augen auf!

MESS MEND oder: Die Yankees in Leningrad

Von Jim Dollar

Copyright by Moderner Verlag, Wien

„Willings“, sagte einer von ihnen: „Das gefällt mir nicht. Hier ist ein hübsches Mädchen entfang gegangen und jetzt ist sie spurlos verschwunden. Vielleicht ist sie ins Wasser gesprungen.“

„Ich habe auch ein Aufstupsen im Wasser gehört. Steig einmal hinunter, da drunten schmeißt Lori die Mädchen unterm Kai zusammen.“

„Schön“, erwiderte dieser und sprang in das Bauloch hinein.

Die Welt hinter den Mauern

Wir haben Lord Hardstone in dem Augenblick verlassen, wo er die Beratung unter dem Vorhitz des ansehlichen Signore Cice für eröffnet erklärte. Alle setzten sich an den Tisch. Der Kofak führte den hinteren Bicomte zu dem Sessel neben dem Hohenlohe, half ihm sich setzen und ging hinaus. Der russische Fürst nahm das Monotel aus dem Auge und pugte es mit dem Taschentuche. In dem Kaminzöhr über ihnen machte es sich ein junger Mensch mit ruhigem Gesicht gleichfalls bemerkbar, das heißt er schloß die Beine über dem Kopf an der Kaminwand auf, hing den Kopf nach unten und preßte das Ohr an eine unmerkliche Spalte.

„Ihr Herren Paschisten! Die Zeit drängt“, begann Lord Hardstone energisch.

„Kann, wie liebenswürdig“, brummte der Schornsteinfeger Tom vor sich hin und spähte hinunter. „Woher weiß er denn, daß für mich jede Minute kostbar ist?“

„Daher“, fuhr Hardstone fort, „schlage ich vor, den mir liebenswürdigem Weise überlassenen Schlüssel des Signore Cice zu benutzen und die Sitzung in sein Zimmer zu verlegen.“

„Schätzen Sie, was hat dies zu tun...“

„Mehr hörte der Schornsteinfeger Tom nicht. Mit affentzigen Gesichtszügen kletterte er den Kamin empor, kroch in eine Nische, sprang heraus, kam über einer leeren Badewanne

Was plant der Hauptvorstand des Eisenbahnerverbandes?

Nach der „Freiwilligen Vereinbarung“ zwischen der Reichsbahn-Hauptverwaltung und den Tarifgewerkschaften der Eisenbahner, die im Frühjahr dieses Jahres den Abschluß der Lohnbewegung und damit den Eisenbahner nur eine ganz minimale Lohnerhöhung brachte, kann der bestehende Lohnvertrag erstmalig am 31. Dezember gekündigt werden. Nach Abschluß dieser Bewegung veröffentlichte die Verbandszeitung des Einheitsverbandes eine Entschliessung, die in einer gemeinsamen Sitzung des Hauptvorstandes und des Beirates des Einheitsverbandes der Eisenbahner angenommen worden war. In derselben heißt es:

„Das Ergebnis der Bewegung entspricht in der Höhe der Zulagen sowie der eingetretenen Vergrößerung der Spannung nicht den berechtigten Forderungen der Eisenbahner. Mit aller Schärfe wendet sich die Konferenz besonders gegen die lange Geltungsdauer, die dazu führen kann, daß die Eisenbahner in ihren Existenzbedingungen weiter herabstinken. Durch die lange Geltungsdauer sind weitere Konflikte zu befürchten.“

Die Konferenz fordert die Mitglieder im Lande auf, sich geschlossen hinter die Organisation zu stellen und durch unermüdete Agitation und Vorbereitung aller Kampfmaßnahmen die Vorbereitung dafür zu schaffen, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen so bald als möglich verbessert werden können.“

Entsprechend dieser Entschliessung hätte der Hauptvorstand des Einheitsverbandes schon jetzt alle Vorbereitungen für die kommende Lohnbewegung treffen müssen. Aber was tut er? Nach Ausführungen einiger Hauptvorstandsmitglieder in Versammlungen der Eisenbahner beabsichtigt der Hauptvorstand, das Lohnabkommen zu dem oben angeführten Termin nicht zu kündigen. Wenn sich die Eisenbahner an den Verlauf der letzten Lohnbewegung erinnern, deren Ergebnis den härtesten Unwillen gegen die Bureaucratie hervorgerufen hat, so würden sie bei der Beurteilung der damals geradezu skandalösen Haltung der Gewerkschaftsbureaucratie auch deren jetzige Stellung verstehen. Diese entspricht auch vollständig den Ausführungen, die Schöffel auf dem Frankfurter Verbandstag hinsichtlich der Einleitung und Durchführung von Lohnbewegungen gemacht hat. Die reformistische Gewerkschaftsbureaucratie kommt damit auch gleichzeitig der Reichsbahn-Hauptverwaltung entgegen, die zwar die 250 Millionen Mehreinnahmen durch die letzte Lohnerhöhung einstreicht, aber nicht gewillt ist, die niedrigen Löhne der Eisenbahner auszubessern. Das Reichsbahngericht hat ja bekanntlich in seinem Urteil, worin die Lohnerhöhung anerkannt wird, darauf hingewiesen, daß die Lohnerhöhung nur einen Zweck habe.

„wenn sie nicht eine neue Bewegung auf Arbeitszeitverlängerung oder Lohn- und Gehälter-Erhöhung bei der Reichsbahn oder bei ihren Lieferanten auslöst.“

In der letzten Sitzung des Verwaltungsrates der Reichsbahn, die am 26. und 27. November 1928 stattfand, wurde erneut mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß eine Verlängerung nicht in Frage kommen könne. Wenn sie trotzdem durchgeführt werde, dann läme zur Dedung der dadurch entstehenden Mehrausgaben eine neue Tarifserhöhung in Frage. Es ist das Ziel der Reichsbahn-Hauptverwaltung, die Eisenbahner noch gefügiger für ihre Politik zu machen. Sie wird dabei unterstützt durch das Verhalten der Gewerkschaftsbureaucratie. Wenn die Reichsbahn-Hauptverwaltung mit der Behauptung freibien geht, daß die Löhne der Eisenbahner den in der Privatindustrie geübten gleichstünden, so glaubt das kein Mensch, der die Lohnverhältnisse bei der Reichsbahn kennt. Diese Behauptung trifft vielleicht auf einen ganz geringen Teil der Eisenbahner zu, aber die übergroße Mehrzahl derselben arbeitet zu den allgemein bekannten niedrigen Löhnen.

Angeht die Lage ist es Pflicht der Eisenbahner, entgegen dem Willen des Hauptvorstandes jetzt die Lohnbewegung einzuleiten und durchzuführen. Alles ist aufzubieten, damit die Kündigung am 31. Dezember erfolgt. In keinem Betriebe, in keiner Werkstätte darf zu den Plänen des Hauptvorstandes geschwiegen werden. Gemeinsam müssen die Mitglieder im Einheitsverband den Kampf um eine wirkliche Lohnerhöhung aufnehmen. Dabei muß aber gleichzeitig darauf hingewiesen werden, daß der Hauptvorstand wohl seine ganze Kraft zur Bekämpfung der Opposition verwendet, aber nicht den Mut bringt, einen Kampf der Eisenbahner um die Verbesserung ihrer Lage gegen die Reichsbahn-Hauptverwaltung durchzuführen. Sein ländiges Zusammenarbeiten mit Dornmüller, das man den Mitgliedern des Einheitsverbandes gegenüber als die Anfänge der Gleichberechtigung verteidigt, hat die Eisenbahner immer weiter in das Elend hinabgestoßen. Die grundsätzliche Stellung der reformistischen Führer zum Staat, den sie behagen, verpflichtet sie, das größte Unternehmen in diesem Staate zu schützen vor den Angriffen der Arbeiterkraft. Sie sprechen von Gleichberechtigung und sind in Wirklichkeit die Katalanen der Dornmüller und Kompanie.

Die erste Gefahr, die den Eisenbahnern droht, kann nur abgewehrt werden, wenn schon jetzt die härteste Mobilisierung aller Lohn- und Gehaltsempfänger bei der Reichsbahn einsetzt. In diesem Sinne muß in den nächsten Wochen gearbeitet werden. Eisenbahner, laßt nicht zu, daß auch die reformistische Bureaucratie durch einen geschickten Kniff auf eine Lohnerhöhung, die eventuell im Frühjahr nächsten Jahres kommen soll, vertrittet, rückt zum Kampf!

Von Sozialdemokraten gemahregelt

Vor einigen Monaten fand in der Wurfabrik der Groß-einkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Oldenburg ein Streit statt. Der Betriebsratsvorsitzende stand auf Seiten der Arbeiter. Der Betriebsleitung der GEG war das natürlich sehr unangenehm. Man suchte einen Grund, um ihn zu entlassen. Der wurde auch gefunden, und zwar: „wegen Krankheit“. Der entlassene Betriebsrat war gezwungen, die GEG beim Arbeitsgericht zu verklagen. Solche Streiche ereignen sich in einem sogenannten sozialen Betriebe, in dem die Sozialdemokraten herrschen.

Gewerkschaftsfunktionäre und -Beitler!

Freitag den 7. Dezember 1930 Uhr im Körnergarten Große Meißner Straße

Gewerkschaftsfunktionär-Konferenz

für den Unterbezirk Dresden. Tagesordnung: Streikstrategie:

- Bildung von Kampfleitungen,
- Heranziehung von Unorganisierten in Wirtschaftskämpfe,
- die Gewerkschaftsfrage auf dem Sechsten Weltkongreß. — Referent der ZK.

Teilnehmer müssen Gewerkschaftsleiter aller Parteiführerschaften, die Funktionäre sowie alle Gewerkschaftsfunktionäre. Alle Parteiarbeiter werden besonders aufgefordert, zu erscheinen. Bezirksleitung, Abteilung Gewerkschaft.

Lohnabbauoffensive in England

Im Jahre 1925 berieten sich die englischen Kohlenindustriellen bei dem Abbau der englischen Bergarbeiterlöhne auf den viel niedrigeren Lohnstand in der deutschen Konkurrenzindustrie. Darauf wurde dann wieder im deutschen Steinkohlenbergbau rationalisiert, die Löhne und die Arbeitsbedingungen verschlechtert. Nimmerech versuchen abermals die englischen Zehntkapitalisten nach dem Vorbild der Ruhrkapitalisten einen Abbau der englischen Bergarbeiterlöhne zu erzwingen. Am 10. Dezember soll eine Konferenz von Vertretern der englischen Bergarbeitergewerkschaft und des Verbandes der Zechenunternehmer über den Abbau von Löhnen im Südwälser Kohlenbergbau stattfinden. Die Steinkohlenkapitalisten im Südwälser Bezirk berufen sich darauf, daß sie im letzten Quartal einen Verlust von 90 Millionen Mark gehabt hätten. Deswegen verlangen sie einen Abbau der Löhne um 12 bis 20 Prozent. Gleichzeitig wollen sich die Südwälser Bergbauunternehmer in einem Kartell zwecks organisierter Produktionseinschränkung zusammenschließen, um auch in England den Preiswucher organisieren zu können.

Sicherlich werden sich die englischen Zechenherren auf das Zurückweichen der deutschen reformistischen Gewerkschaftsführer vor den Forderungen der Ruhrindustriellen bei dem jüngsten Arbeitskämpfe berufen und die deutschen Arbeiter gegen die englischen auszuspielen versuchen. Um so notwendiger ist es, daß die Arbeiterkraft international den Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung gegen das wachsende Lohn- und Arbeitslojenselend aufnimmt.

Voransicht Redakteure: Zur Politik: Bruno Geishammer, Dresden; für Gewerkschaftliches: Wille Schreiber, Jena; für Lokales, Sport und Revue: Richard Spenker, Dresden; für Internationale: Eckhart Hurlert, Dresden. — Verlag: Deutscher Verlagsgesellschaft. — Druck: Gerns, Bräckerstraße Dresden.

zu hängen, gab sich einen Schwung, sprang über sie weg zur Toilette und stieß direkt mit dem Zimmermädchen Jenny zusammen, die hier Ordnung machte.

„Ah“, schrie Jenny auf. „ah, wer sind Sie?“

„Der Teufel, meine Schöne. Bei Gott, der Teufel.“

„Aber, seit wann rufen die Teufel Gott an?“ meinte Jenny misstrauisch, dachte jedoch bei sich, Mistreß Tindil wird vor Reid plagen, wenn sie erzählt, daß ich einen wirklichen Teufel gesehen habe.

Ihr Heberlegen war Toms Rettung. Er schritt leise rückwärts zur Tür, öffnete sie und verschwand.

Jenny sperrte den Mund auf. „Das soll einer dem Pastor Ruffel glauben“, brummte sie erschüttert vor sich hin und ließ die Augen nicht von der Tür, „er versichert einem, die Wunder seien göttliche Werke, aber die Teufel verstehen das Handwerk auch. Schau nur mal an, da geht er durch die verschlossene Tür und leht ist sie wieder von innen verschlossen.“

Inzwischen laute Tom wie ein Pfeil durch den Korridor, verschwand in einem Schrank, machte zwei, drei Griffe an der Mauer und befand sich vor der Tapetentüre zum Zimmer des Signore Cices. Aber er war zu spät gekommen. Die Sitzung hatte bereits begonnen. Gerade vor seiner Nase, und das mangelnde Klassenbewußtsein der Leute von der Tapetenfabrik in Blindorf verwehrte ihm den Eingang. Tom weinte schier vor Wut, was freilich der Berufssache seines Gesichtes sehr zum Schaden gereichen mußte. In der Nähe war ein Kamin. Gestürzt stieg er hinein und ließ sich durch die Röhre nach unten gleiten. Dort über der schrecklichen Hitze des Küchenherdes drückte Tom in dem Gewirr von allen möglichen Röhren und Zylindern auf einen Knopf und flüsterte:

„Mend Meg.“

„Mend Meg“, kam sogleich die Antwort zurück.

Der Zylinder schob sich auseinander und ließ den friedlich döstenden von Hop mit zwei Kaufshutkörnern an den Ohren sehen.

„Warum bist du von deinem Hornposten weggegangen, Tom?“

„Weil sie in das Zimmer des Italieners übergesteckt sind, der Teufel soll sie holen!“

„In das Zimmer ohne Nummer?“

„Ja, eben. Ich bin wie vor den Kopf geschlagen. Ich lief durch die Mauer, rannte mit dem Kopf gegen eine Schöne, aber ich weiß nicht, was ich jetzt anfangen soll. Nicht das geringste fällt mir ein.“

„Ja, darin warst du nie besonders stark, Tom. Ich wundere mich, daß man gerade dich hierher geschickt hat. Nun gut, sei still und höre zu. Hallo, Miß Toter!“

Aus der Kaufshutkornschale löste es zurück:

„Hallo, sind Sie es, van Hop?“

„Ja, verbinden Sie mich mit Miß.“

„Ich kann im Augenblick nicht, man ruft aus dem Kontor an. Warten Sie.“

Van Hop und Tom warteten schweigend. Zwei Minuten später war Miß Toter wieder am Apparat:

„Van Hop? Ich habe Sie mit Miß verbunden,“ und von irgendwoher, verzweifelt weit, klang es dumpf:

„Was ist los?“

„Lingsmaller, hilf uns!“ sprach von Hop in die Muffel. „Man hat die Beratung in das Zimmer ohne Nummer verlegt. Tom und ich sind hilflos. Und natürlich tuscheln sie da nicht ohne wichtigen Grund.“

„Können Sie mit dem Stiegelapparat umgehen?“ klang es flüsternd zurück. Lingsmaller versuchte, möglichst deutlich zu sprechen.

Van Hop blidte auf Tom und Tom auf van Hop:

„Na, freilich, Miß,“ antwortete van Hop zögernd.

„Ich komme selbst,“ kam es zurück.

Sobald der Installateur sein Kaufshuttelefon an Ort und Stelle gebracht hatte, stieß ihn der Schornsteinfeger freundschaftlich in die Seite und meinte einigermaßen höflich:

„Na siehst du, van Hop, du hast dich auch nicht besonders ausgezeichnet.“

„Wodurch?“

„Durch Scharfsinn.“

Nach dem van Hop ihm einen Kakenkopf verabschieden konnte, war Tom schon hoch in den Zylinder hinaufgeklettert und trat von dort vergnügt mit den Füßen nach seinem Gegner.

Indes legte in der hell erleuchteten Tischlerwerkstätte einer Holzfabrik ein breitschultriger blondhäutiger Nieme in einer blauen geärrichten Arbeiterbluse den Hobel auf die Werkbank, streifte die Hobelklinge ab, sah sich um und erschwand plötzlich in der Mauer. Er rannte aus Leibeshäften durch dunkle, kaum mannshohle Gänge, schob sich seitlich durch und schüttelte von Zeit zu Zeit Erde und Wassertropfen von sich ab. Nach zehn Minuten erweiterten sich die Gänge, seine Füße spürten Stufen unter sich, er eilte sie hinauf, und aus einem Spalt tauchte oben der blondkopfige Lingsmaller mit den fröhlichen blauen Augen unter den geraden dichten Brauen auf. Er

Freitag, den 7. Dezember 1928, 20 Uhr, im Saale der Pestalozzischule in Heidenau-Süd
ÖFFENTLICHER FILM VORTRAG
Der Ozeanrekord des „Cap Arcona“
 Vortragender: Herr Kapitän Fincke aus Hamburg
 Der schönste und lustigste Seestilm der Gegenwart
 Einlaß 1 Stunde vor Beginn / Eintrittspreis 60 Pf., Jugendl. 30 Pf.

Sultania-Rosinen

feinste diesjährige Auslesen
 von **65** bis **110**
 sowie einige Posten außergewöhnlich preiswerte
sehr süße, helle Sultanas
 von **50**, **55**, **70** per Pfund
6% Rabatt!

Carl Bauch, Pirna, Reitbahnstraße 2

Für alle hübsche, preiswerte Handarbeiten, Handarbeitswolle, Sportwolle (Wollchen für Sport und läglichen Gebrauch nach Maß) und viele kleine Geschenkartikel im
führenden Handarbeitsgeschäft
Marta Böhrer, Pirna, Moltkestraße 2
 Nahe Haupt- und Südbahnhof / Zahlungsvereinfachung
 Wolle infolge günstigen Abschlusses zum alten Preis!

WAS SOLLEN WIR SCHENKEN?



Fragen Sie den Inseratenteil der Arbeiterstimme!

Spielwaren aller Art
 Puppenwagen und Sportwagen
 Bubiäder / Selbstfahrer / Kinderfische / Stühle
 Handwagen / Rodelschleifen / alle Korbwaren
 kaufen Sie preiswert bei
Osw. Walther, Pirna, Schloßstraße 9

Drogerie Gerhard Pesch
 Dresden-Striesen, Augsburger Straße 8
Farben und Lacke

Carl Eschke
 Beste Fabrikate in
Herrn-Hüten und Mützen
 Große Auswahl
 Haltbare, dauerhafte
 Filzschuhe und Filzstiefel
 mit Filz- und Ledersohlen
 Kamelhaarstrümpfe und -Pantoffel

Wohnzimmer Schlafzimmer Küchen
 sowie Einzel-Möbel und Polster-Möbel aller Art
 Art 4016 und preiswert
Möbel-Kluge, Pirna
 Lange Straße 17

Ämtliche Bekanntmachungen
 — Freitag —
 — Freitag —
 Donnerstag, den 6. Dezember, findet ab 7 Uhr Verkauf von
 selbem Rindfleisch auf der Freitisch im Stadteil Volkshaus,
 bei den früheren Rathauses, statt. Preis pro Pfund 50 Pf.
 Bei der Stadt Pirna, am 5. Dezember 1928.

Alle Backwaren bestens und billigst
Wilh. Baege
 Pirna

Zur Stollenbäckerei
 empfiehlt
alle Backartikel
 in frischer Qualität zu
 billigsten Preisen
Joh. Alfred Otto
 Pirna, Gartenstraße 32
 Kolonialwaren, Delikatessen
 5% Rabatt auf alle Waren!

Wegen Augen kann zu Stein, stets wirst Du zufrieden sein
H. STEIN
 Staatlich geprüfter Optiker
 Pirna / Breite Str. 31 / Telefon 31
 Lieferant sämtl. Brillekasten

Empfehle sämtliche guten
Schuh- u. Filzwaren
 Reparaturen sauber u. preiswert
Emil Schöne, Pirna-Copitz

Strümpfe Garne
 in allen Preislagen
HANNE DRÖHER
 Pirna-Copitz, Hauptplatz 16
 6 Prozent Rabatt

Etwas für Sie!
Der neue Schlagerhuf
 4.50 6.50 7.50 Mk.
H. Dunkel, Pirna, Barbiergasse 9

Fleisch- und Wurstwaren
 empfiehlt
Otto Trobisch, Fleischermeister
 DORNA, Anhalterstraße 3



Vorzüglische Schokoladen u. Pralinen

(Weihnachtspackung)
 in reichster Auswahl zu günstigsten Preisen.

Baumbehang

- Schokoladencremringe Pfund 1.20
- Litöringe Pfund 1.00
- Zanent zumtets
 halbschlicht und bunt Pfund 1.00
 glasiert und dekoriert Pfund 1.20
 mit Schokoladeüberzug Pfund 1.40
- Hamburger Gebäck (Fondant) Pfund 1.20
- Schokoladenkränze, bestreut Pfund 1.50
- Zanenzapfen Stück 0.16, 0.08
- Schokoladen-Hohlfiguren Stück 0.08
- Weihnachtsmann mit Gel Stück 0.15
- Weihnachtsmänner Stück 0.20

Lebkuchen

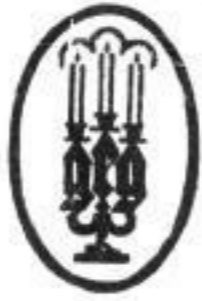
- Wasser Lebkuchen Paket 0.20
- Wasser Lebkuchen Paket 0.80
- Pflastersteinkuchen, rund Paket 0.85
- Schokoladenlebkuchen Paket 0.40
- Goethe-Lebkuchen Paket 0.45
- Schokoladen-Lebkuchenherzen Paket 0.45
- Katharinen Paket 0.50
- Pflasterstein-Lebkuchen, rund Paket 0.70
- Pflastersteine Pfund 0.80
- Pfeffernüsse Pfund 0.80
- Schokoladenpistkuchen Pfund 1.60

- Erdnüsse, geröstet Pfund 0.54
- Paranüsse, feinste, große Pfund 1.00

- Haselnüsse Ia, Sizilianer Pfund 0.64
- Walnüsse franz. Cornes extra Pfund 0.96

Feinste weiße
Paraffin-Kerzen
 Karton zu 16 und 20 Stück Inhalt
40 Pf.

Feinste weiße
Kompositions-Kerzen
 Karton zu 16 und 21 Stück Inhalt
45 Pf.



Feinste weiße
Stearin-Kerzen
 Karton zu 12, 15 und 20 Stück Inhalt **65 Pf.**
 Stahthalter Duzend 0.60 | Lametta Brief 0.05
 Kupfhalter Paket 0.02 | Wunderkerzen Paket 0.10

Konsumverein Vorwärts

Warenabgabe nur an Mitglieder.

Herrn- u. Damen-Frisier-Salon
Moritz Richter
 Josephinenstraße 6

Schlüpfer Trikotagen
 Große Auswahl in allen Preislagen
Hanne Dröher
 Pirna-Copitz, Hauptpl. 16
 6 Prozent Rabatt

Wenn's niemand macht!
Oswald Machts!
 Hauptlager:
 Kaulbachstraße 31, I. Etg.
 Ecke Pillnitzer Straße
Möbel
 aller Art
 Große Auswahl Billige Preise!
 Günstige Zahlungsbedingungen!

Städtisches Bestattungs-Ämt
Neues Rathaus
 Eingang An der Kreuzstraße 5. Fernruf Sammelnummer 20200
 Auch an Sonn- und Festtagen geöffnet!
 Sargmusterlager: Kleine Holzingerstraße 8 - Fernruf 20022
 Urnenmusterzimmer: An der Kreuzstraße 5
 Gesamtkosten bei Beerdigung Feuerbestattung
 Klasse 1 etwa 400 Mark 375 Mark
 Klasse 2 etwa 240 Mark 210 Mark
 Klasse 3 etwa 155 Mark 140 Mark
 Überführungen von und nach außerhalb mittels Kraftwagens. Überführungen nach der Feuerbestattungs-Anstalt innerhalb des Stadtgebietes dürfen nur durch das Städt. Bestattungsamt erfolgen.
 Annahme von Spareinlagen - Vermittelung von Versicherungen - Auskünfte. Tarife. Anschläge kostenlos.